

Vorbericht

zum

Haushaltsplan 2010

- Verwaltungshaushalt -

- Vermögenshaushalt -

Inhaltsverzeichnis

Kurzüberblick mit Eckdaten zum Haushalt 2010	2
A. Allgemeines	4
B. Finanzwirtschaft der Gemeinde	
I. Rückblick auf die Jahre 2008 und 2009	
1. Rechnungsjahr 2008	8
2. Rechnungsjahr 2009	10
II. Ausblick auf das Jahr 2010	
1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010	12
2. Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten	
- Gemeindesteuern	13
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Familienlastenausgleich	16
- Schlüsselzuweisungen einschl. kommunaler Investitionspauschale	17
- Gebühren, Entgelte, Mieten und dgl.	18
- Personalkosten	20
- Sächlicher Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	21
- Zuweisungen und Zuschüsse	22
- Zinsausgaben	22
- Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage	22
- Zuführung des Verwaltungshaushaltes an Vermögenshaushalt	26
- Verwaltungskostenbeiträge (innere Verrechnung)	26
- Kostenrechnende Einrichtung Abfallwirtschaft	27
3. Schulden	27
4. Kalkulatorische Kosten	28
5. Rücklagen und Vermögen	28
6. Kassenlage und deren Entwicklung	28
7. Finanzplan mit Investitionsprogramm 2009 bis 2013	29
C. Erläuterungen zum Verwaltungshaushalt	30
D. Erläuterungen zum Vermögenshaushalt	33
Beteiligungsbericht der Gemeinde	37
E. Erläuterungen zum Eigenbetrieb Wasserversorgung	39
F. Erläuterungen zum Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung	41

A. Allgemeines

1. Vorbemerkungen

Die deutsche Wirtschaft belebt sich im kommenden Jahr deutlich und wächst im Jahresdurchschnitt 2010 um 2,0 Prozent. Wesentliche Ursachen sind die Investitionen aus dem Konjunkturpaket II sowie ausländische Konjunkturprogramme, die vor allem in asiatischen Ländern die Nachfrage nach deutschen Waren erhöhen. Positiv wirkt auch die expansive Geldpolitik der Zentralbanken. Den tiefen Einbruch des Jahres 2009, in dem das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,9 Prozent gesunken ist, wird die deutsche Wirtschaft allerdings auf absehbare Zeit nicht wettmachen können, zumal die konjunkturelle Dynamik im Verlauf des kommenden Jahres wieder abnehmen wird. Die Arbeitslosenzahl steigt, wenn auch weniger drastisch als bislang befürchtet - auf 3,6 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt 2010. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Trotz des stärkeren Wachstums im Jahresdurchschnitt sehen die Wissenschaftler des IMK keinen stabilen, selbst tragenden Aufschwung. "Die Zahlen sind erfreulich, aber leider auch ein bisschen trügerisch", sagt Prof. Dr. Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. "Ein Wachstum von zwei Prozent erscheint recht hoch, wenn man die schweren Verluste in diesem Jahr vor Augen hat. Es signalisiert scheinbar sogar, dass sich die Wirtschaft schon in einem kräftigen Aufschwung befindet. Aber dieser Eindruck täuscht. Die Krise ist noch nicht überwunden." Die Daten reflektierten vielmehr die erfolgreiche weltweite staatliche Stabilisierungspolitik der vergangenen anderthalb Jahre: "Es bleibt trotz aller Mängel im einzelnen das historische Verdienst der Wirtschaftspolitik, anders als Ende der 1920er Jahre in dieser äußerst kritischen Situation einen so expansiven Kurs eingeschlagen zu haben, dass der Absturz bereits Mitte 2009 zu Ende ging", resümiert der Wissenschaftler.

Im Laufe des kommenden Jahres werden die Impulse vieler Konjunkturprogramme aber nachlassen, auch in Deutschland, so das IMK. Viele Zentralbanken haben eine Rücknahme des Expansionskurses angekündigt oder bereits vorsichtig damit begonnen. "Das alles trägt wesentlich dazu bei, dass die Konjunktur in Deutschland kräftig ins neue Jahr startet, aber dann wieder deutlich an Schwung verliert", sagt Horn. Entsprechend wächst nach der IMK-Prognose die Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt 2009 werden 3,42 Millionen Menschen ohne Job sein, was einer Arbeitslosenquote von 7,9 Prozent entspricht. Im Jahresdurchschnitt 2010 werden es dann 3,6 Millionen Arbeitslose sein - eine Quote von 8,3 Prozent. Um sich weiter erholen zu können, brauche die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr und wohl noch darüber hinaus wirtschaftspolitische Hilfestellung, resümiert das IMK. Außerdem bestünden weiterhin große Risiken im Finanzsektor - auch weil die Regulierung der Finanzmärkte nur schleppend vorankommt.

Vom deutschen Außenhandel gehen laut IMK im kommenden Jahr wieder positive Impulse aus: Die Exporte steigen 2010 um 8,1 Prozent, nachdem sie 2009 um 14,6 Prozent eingebrochen sind. Die Importe wachsen 2010 um 5,6 Prozent. In diesem Jahr sanken sie um 8,4 Prozent. Allerdings sind die Konjunktexperten des IMK skeptisch, dass der Außenhandel längerfristig an seine langjährige Rolle als treibende Kraft der Wirtschaftsentwicklung anknüpfen kann: Die deutsche Exportwirtschaft profitiere von den Impulsen der Konjunkturprogramme im Ausland, die nach bisherigem Stand im Jahresverlauf 2010 nachlassen werden. Und bei wichtigen Handelspartnern wie den USA, Großbritannien und Spanien werde die Nachfrage nach ausländischen Produkten wegen der hohen privaten und öffentlichen Verschuldung auf absehbare Zeit nicht mehr so stark steigen wie vor der Krise.

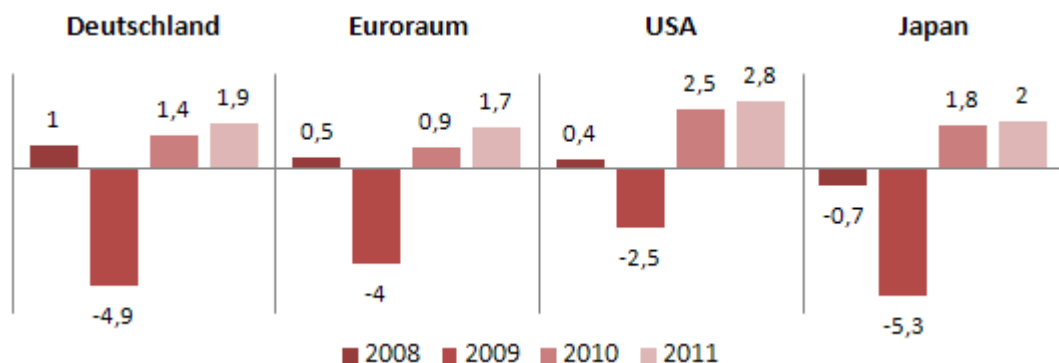
19.11.2009: OECD mahnt Ausstieg aus Konjunkturprogrammen an
Die OECD empfiehlt in ihrem Wirtschaftsausblick, nicht länger Konjunkturprogramme zu fahren. Die Konsolidierung der Finanzen müsse nun im Mittelpunkt stehen.

Der Aufschwung ist mager, aber er ist da. Die OECD will nun die Konjunkturprogramme stoppen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat gefordert, die staatlichen Konjunkturprogramme in den Industrieländern zu beenden und stattdessen die Sanierung der Staatsfinanzen vorzubereiten.

Die Konjunktur zieht nach Einschätzung der OECD in den kommenden Jahren wieder an. Allerdings reiche der Aufschwung nicht aus, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die OECD stellte in ihrem neuen Wirtschaftsausblick fest, dass die Industrieländer vor allem dank "außerordentlich starker" Konjunkturprogramme aus der schwersten Rezession seit Jahrzehnten herausgekommen seien, auch wenn der Aufschwung nur mäßig sei.

Doch nach der Konsolidierung des Aufschwungs müsse der Fokus nun auf die Konsolidierung der Finanzen gelegt werden. "Von 2011 an sollten alle OECD-Staaten in der Lage sein, mit dem Abbau der Steuerhilfen zu beginnen." Die nahe Null liegenden Notenbankzinsen seien bis ins zweite Halbjahr 2010 hinein angemessen. Danach müsse die Normalisierung beginnen.



27.12.2009: IfW: Wirtschaft könnte abermals einbrechen

Die Gefahr eines erneuten Einbruchs der deutschen Wirtschaft ist real, sagte etwa der Prognose-Chef am Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), Joachim Scheide. "Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines W-förmigen Konjunkturverlaufs sollte nicht unterschätzt werden." Von einem W-förmigen Konjunkturverlauf sprechen Ökonomen, wenn sich die Wirtschaft nur kurzfristig erholt, um dann erneut einzubrechen.

Alles hängt an den Banken

Entscheidend sei nun die weitere Entwicklung bei den Banken, sagte Scheide. "Sollte es hier erneut zu massiven Abschreibungen kommen, könnte dies zu einer weiteren Krise führen." Noch pessimistischer ist der Direktor des gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Gustav Horn. "Das W ist sogar wahrscheinlich", sagte er. "Die Situation im Finanzsektor ist nach wie vor labil."

Gehaltsstopp für Arbeitnehmer

Die unsichere Lage werden im kommenden Jahr vermutlich auch die Arbeitnehmer zu spüren bekommen. Horn prognostiziert, dass die Tariflöhne 2010 nur um 1,6 Prozent steigen. Weil aber viele Menschen in Kurzarbeit seien und zu dem übertarifliche

Leistungen gestrichen würden, dürfte unter dem Strich ein Minus stehen. "Effektiv werden wohl 0,1 Prozent weniger ausgezahlt als 2009", sagte Horn.

Größere Probleme auf dem Job-Markt

IfW-Ökonom Scheide erwartet im kommenden Jahr bis zu 4,1 Millionen Arbeitslose. Auch der Wirtschaftsweiser Christoph Schmidt, Präsident des Rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), erwartet größere Probleme auf dem Job-Markt. "Wir gehen von einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit noch in diesem Winterhalbjahr aus", sagte er "Spiegel online".

Die rückläufigen Steuereinnahmen in Baidt werfen den Blick wieder mehr auf die laufende Ausgabenseite. Die durch gesetzlichen Ansprüche und durch die Erledigung von Pflichtaufgaben weitgehend fremdbestimmten Aufgabenverpflichtungen wachsen jedoch ungebremst weiter.

Prognosen zur Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts

Quelle	Prognose vom	Prognose für 2009	Prognose für 2010
Bundesregierung	Oktober 2009	-5,0%	+1,2%
EU-Kommission	November 2009	-5,0%	+1,2%
Internationaler Währungsfonds	Oktober 2009	-5,3%	+0,3%
Weltbank	Juni 2009	-5,8%	+1,3%
OECD	November 2009	-4,9%	+1,4%
Bundesbank	Dezember 2009	-4,9%	+1,6%
Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsinstitute	Oktober 2009	-5,0%	+1,2%
ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München	Dezember 2009	-4,9%	+1,7%
Institut für Weltwirtschaft IfW Kiel	Dezember 2009	-5,0%	+1,2%
Institut der deutschen Wirtschaft Köln	September 2009	-4,5%	+1,5%
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	Dezember 2009	-4,9%	+1,5%
Institut für Wirtschaftsforschung Halle	Dezember 2009	-4,8%	+1,9%
Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	Dezember 2009	-4,9%	+2,0%
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	Dezember 2009	-4,9%	+1,6%
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	November 2009	-5,0%	+1,6%

Für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 sind bisher ergangen:

Haushaltserlass 2010 vom 03.12.2009

Der Finanzplanungsrat hat in seiner 110. Sitzung am 08. Juli 2009 die aktuelle Lage der öffentlichen Haushalte, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushalte 2010 und der mittelfristigen Finanzplanungen bis 2013 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erörtert.

Der Finanzplanungsrat stellte unter anderem Folgendes fest:

1. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Sämtliche Wirtschaftsdaten signalisieren die heftigste Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Erst im weiteren Verlauf der zweiten Hälfte dieses Jahres ist mit einer konjunkturellen Stabilisierung zu rechnen.
2. Die erheblichen Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre haben es Bund, Ländern und Kommunen erleichtert, notwendige Maßnahmen zur Dämpfung des konjunkturellen Abwärtstrends zu ergreifen. Sowohl die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors als auch das Wirken der automatischen Stabilisatoren und die darüber hinaus gehenden Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung tragen zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Bund, Länder und Kommunen haben mit diesen Maßnahmen ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und sind ihrer finanz- und wirtschaftspolitischen Verantwortung gerecht geworden.
3. Nach einem nahezu ausgeglichenen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der Maastrichtabgrenzung 2007 und 2008 ist als Folge der Krise im Jahr 2009 mit einem Defizit von 4 und im Jahr 2010 von 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen.
4. Auf mittlere Sicht gibt es zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung keine Alternative. Mit der Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln wurden die Weichen für eine langfristig tragfähige Haushaltspolitik gestellt. Zur Einhaltung der beschlossenen Verschuldungsgrenzen und der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden. Nur so kann der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund wird auch von der Rechtsaufsichtsbehörde den Kommunen nochmals nachdrücklich empfohlen, den eingeschlagenen Kurs zur Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen und soweit erforderlich, selbst beeinflussbare Einnahmen weitgehend auszuschöpfen.

Die Finanzminister von Bund und Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben bereits 2008 folgende Konsolidierungsthese beschlossen:

- Angesichts der demographischen Entwicklung, aber auch vor dem Hintergrund der Risiken hinsichtlich der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung gibt es zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte keine Alternative. Denn geringere Schulden heute bedeuten größere Haushaltsspielräume morgen. Auf dem Weg zu einem strukturellen Haushaltsausgleich muss daher die Zuwachsrate der Ausgaben mittelfristig deutlich unterhalb der Zuwachsrate der Gesamteinnahmen liegen.

Maßgebend für das Haushaltsjahr 2010 ist der vom Innen- und Finanzministerium am 03.12.2009 bekanntgegebene Haushaltserlass. Hierbei sind wesentliche Orientierungsdaten zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung 2010 vorhanden. Die Orientierungsdaten für die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen basieren auf Berechnungen des Finanzministeriums. Sie berücksichtigen die Ergebnisse der Maisteuerschätzung. Der Haushaltserlass berücksichtigt die Steuermindereinnahmen nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch nicht. Die volle Wucht der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist in den kommunalen Haushalten für die Jahre 2010 bzw. 2011 und danach zu erwarten.

Sollte im Laufe des Jahres 2010 das prognoszierte Wirtschaftswachstum nicht eintreten, werden die Kommunalen Haushalte finanziell noch stärker unter Druck geraten, als dies bereits der Fall ist, wenn insbesondere für steuerschwächere Gemeinden wie Baintd, die wichtige Finanzierungssäule des Kommunalen Finanzausgleichs und seiner daraus resultierenden Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft ebenfalls rückläufig sein wird. Es ist mit einer längeren finanziellen Durststrecke zu rechnen, die bereits jetzt schon und verstärkt 2010 ff. die Leistungsfähigkeit und damit die Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen in Frage stellen wird. Dies gilt in besonderem Maße für neue Aufgaben wie z. B. den Ausbau der Kleinkindbetreuung U3. Zudem gilt dies in besonderer Weise für den bereits beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 für die Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sowie für eine verbindliche flächendeckende Einführung und Umsetzung des Orientierungsplans in der Kinderbetreuung.

Angesichts milliardenschwerer Konjunkturpakete, einem immensen Anstieg der Sozialleistungen bei einem konjunkturell bedingten Rückgang der Steuereinnahmen und einem bis 2013 zu erwartenden weiteren Anstieg der Staatsverschuldung um rund 300 Mrd. € entbehren weitere Steuersenkungsversprechen der Regierungsparteien lt. Gemeindetag jeglichen Bezug zu den realen Gegebenheiten.

Nicht desto trotz gilt der Auftrag, die Konsolidierungsanstrengungen auf der Ausgabenseite fortzusetzen, stärker denn je.

B. Finanzwirtschaft der Gemeinde

I. Rückblick auf die Jahre 2008 und 2009

Das Rechnungsjahr 2008

Die Jahresrechnung 2008 ist vom Fachbeamten für das Finanzwesen Herrn Abele durchgeführt worden. Auf die Jahresrechnung ist in der Sitzung vom 30.06.2009 bereits eingegangen worden. Hier daher nur noch einmal die Eckwerte des Rechnungsergebnisses.

Die Jahresrechnung 2008 schließt mit einer Nettoinvestitionsrate in Höhe von 1.778.531,27 € ab. Der Verwaltungshaushalt konnte dem Vermögenshaushalt 1.778.531,27 € zuführen. Aufgrund der verbesserten Rahmenbedingungen und Einsparungen konnte auf die Rücklagenentnahme verzichtet werden und sogar noch 462.228,06 € zugeführt werden.

Der Rücklagenbestand beträgt zum 31.12.2008

3.302.304,07 €

Der Schuldenstand der Gemeinde beträgt zum 31.12.2008:	
- im Gemeindehaushalt	0,00 €
- im EB Wasserversorgung	<u>539.351,67 €</u>
(Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten: 20.451,68 €	
(Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinde/Trägerdarl.: 518.900 €	
(Kassenmehrausgabe in Höhe von: 0,00 €)	
- im EB Abwasserbeseitigung:	<u>1.366.885,02 €</u>
(Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten: 0,00 €)	
(Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinde/Trägerdarl.: 1.203.600,00 €	
(Kassenmehrausgabe in Höhe von: 163.285,02 €)	

Der Gesamtschuldenstand der Schulden (inkl. Trägerdarlehen, Kassenmehrausgaben) beträgt somit zum 31.12.2008 1.906.236,69 €. Der externe Schuldenstand beträgt zum 31.12.2008 lediglich 20.451,68 €. Bei 4.802 Einwohnern ergibt dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4,26 € je Einwohner. Der Kreditmarktschuldenstand der Gemeinden mit 3.000 bis 5.000 Einwohnern betrug zum 31.12.2007 im Landesdurchschnitt einschl. der Schulden der Eigenbetriebe -: 523 € je Einwohner.

Unter anderem wurden 2008 folgende Haushaltsreste gebildet:

1. Verwaltungshaushalt

a) Haushaltseinnahmereste	keine
b) Haushaltsausgabereste	keine

2. Vermögenshaushalt

a) Haushaltseinnahmereste	keine
b) Haushaltsausgabereste	
HHSt. 0200.9350.001 Erwerb von bewegl. Sachen d. AV, EDV	2.500 €
<i>Bgrd.: Ersatzbeschaffung: Terminalserver</i>	
HHSt. 3700.9871.001 Investitionszuschuss Restaurierung Geißel-Heiland beim Torbogen	1.500 €
<i>Bgrd.: Beschluss GR vom 19.09.06</i>	
HHSt. 6150.9400.001 Ortskernsanierung Klosterhof	970.000 €
<i>Bgrd.: Mittel werden bei Veräußerung des Klosterhofs (Gemeindeanteil) benötigt.</i>	
HHSt. 6300.9501.001 Baumaßnahmen Baugebiet Voken	5.000 €
<i>Bgrd.: Pflanzung von Streuobstbäumen als Ausgleich</i>	
HHSt. 6300.9511.001 Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Rekultivierung der Baintder Steige	18.000 €
<i>Bgrd.: Planungsrate</i>	
HHSt. 6300.9514.001 Geh- und Radweg Schachen-Wickenhaus, BA II	42.500 €
<i>Bgrd.: Mittel werden bei Bauabschnitt II Schachen-Wickenhaus benötigt.</i>	
HHSt. 6300.9521.001 Sanierung von Gemeindestraßen	28.000 €
<i>Bgrd.: Straßensanierung Boschstraße und Kompostieranlage Annaberg</i>	
HHSt. 6300.9524.001 Sanierung Annabergstraße	350.000 €
<i>Bgrd.: Projekt wird im Rechnungsjahr 2009 abgewickelt.</i>	
HHSt. 6300.9596.001 Feldwegs. im Rahmen der Flurbereinigung	20.000 €
<i>Bgrd.: Neubau letzter neuer Feldweg</i>	
HHSt. 6300.9597.001 Erschließung Zeppelinstraße	10.000 €
<i>Bgrd.: Planungsrate Zeppelinstraße</i>	
HHSt. 6700.9522.001 Sanierung Straßenbeleuchtung	10.000 €
<i>Bgrd.: energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung 2009</i>	
HHSt. 6900.9510.001 Bachbereichsanbindung Bampfen	15.000 €
<i>Bgrd.: Planungsrate Bebauungsplan Sulzmoosbach</i>	

HHSt. 7200.9510.001 Ausbau Wertstoffhof <i>Bgrd.: Projekt wird 2009 mit Zaun schlussgerechnet</i>	4.000 €
HHSt. 7710.9350.001 Bauhof, Erwerb von bewegl. Sachen d.AV <i>Bgrd.: Ersatzbeschaffung Salzstreuer Winterdienst</i>	18.500 €
Haushaltsausgabereste 2008 gesamt	1.495.000 €

Haushaltsvollzug 2009

Das Rechnungsjahr 2009 gestaltet sich ein wenig besser als erwartet. Im einzelnen kann von folgender finanzieller Entwicklung des Verwaltungshaushaltes (VwH) ausgegangen werden.

Entlastungen des VwH:

- a) 260.000 € mehr Gewerbesteuereinnahmen
 - b) 121.400 € mehr Zinseinnahmen aus Festgeldern
 - c) 84.500 € weniger Kreisumlage
 - d) 20.900 € mehr Bestattungsgebühren
 - e) 17.250 € mehr Grundsteuer B
 - f) 10.000 € zur Verfügung stehende Deckungsreserve
- 514.050 €

Belastungen des VwH:

- a) 210.000 € weniger Gemeindeanteil an der EKSt.
 - b) 88.350 € weniger Schlüsselzuweisungen u. Komm. Investitionspauschale
 - c) 33.200 € mehr Personalausgaben
 - d) 51.200 € mehr Gewerbesteuerumlage
 - e) 20.000 € vermutlich keine Wertstoffvergütungen von der Raweg 2009
 - f) 18.100 € Unterhaltung Kompostieranlage Annaberg
 - g) 13.050 € Niederschlagung Kostenerstattung Container/Klosterhof 4 7.650 €
Mehrausgaben im Bereich Wasserbau (Uferbefestigungsmaßnahmen)
 - h) 6.500 € Mehrausgaben bei den Wahlen BT-Wahl/Kommunal- u. Europawahl
 - i) 6.150 € weniger Mieteinnahmen Gaststätte
- 446.550 €

Die Entlastungen des Verwaltungshaushalt erläutern sich wie folgt:

- o 260.041 € mehr Gewerbesteuereinnahmen

Glücklicherweise sprudelt die Gewerbesteuer in Baintdt 2009 noch. Baintdt ist hauptsächlich von der Ertragsentwicklung einiger weniger Steuerpflichtigen abhängig. Vor allem Nachzahlungen und gute Vorauszahlungen ermöglichten dieses positives Ergebnis.

Die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens verläuft seit jeher regional, örtlich und branchenbezogen sehr unterschiedlich. Steuer mehr- und Steuerminder-einnahmen treffen Gewerbesteuergemeinden unterschiedlich.

- o 88.350 € weniger Schlüsselzuweisungen/ Kommunale Investitionspauschale

Die Entwicklungen der Steuereinnahmen haben über die Erwartungen der Mai-Steuerschätzung hinaus, eine weitere Verschlechterung der Finanzausgleichsmasse und somit niedrigere Schlüsselzuweisungen erwarten lassen. Für die Planung wurde der im Haushaltserlass genannte Kopfbetrag pro Einwohner, 981 € berechnet. Nach den Berechnungen des Landes wird man einen Kopfbetrag von 962,50 € pro Einwohner einnehmen, was 88.350 € Mindereinnahmen für die Gemeinde bedeutet.

- 210.000 Euro weniger Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist für Baidt die bedeutendste Einnahmequelle. Die Gemeinden bekommen 15 % an der Lohn und Einkommensteuer. Der Gemeindeanteil an der EKSt wird nach einer Schlüsselzahl (Baidt 0,0004430) aufgeteilt. Das Finanzministerium Baden-Württemberg geht von 3,925 Mrd. Euro aus. Im Haushaltserlass bzw. auch in der Haushaltsplanung wurde noch mit einem Gemeindeanteil in Höhe von 4,4 Mrd. € gerechnet. Multipliziert man 3,925 Mrd. mit unserer Schlüsselzahl kommt man auf Wenigereinnahmen von ca. 210.000 € gegenüber dem Planansatz von 1.949.000 €

Die weiteren Entlastungen sowie die Mehrausgaben werden im Rahmen der Jahresrechnung 2009 ausführlich begründet.

Im Vermögenshaushalt sind folgende Abweichungen zu nennen:

Entlastungen des VmH:

- 1.000.000 € Keine Einlage Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet
- 454.700 € Veräußerung Langbau und Außenflächen
- 111.200 € Verschiebung Heizungssanierung SKH auf 2012
- ca. 150.000 € weniger Erschließungskosten/Planungskosten diverser Baugebiete
- 25.000 € keine Tilgung von Krediten
1.740.900 €

Belastungen im VmH:

- 1.000.000 € weniger Krediteinnahmen – Darlehen Einlage Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet
- 238.250 € weniger Einnahmen durch Veräußerung von Grundstücken
- 116.000 € außerplanmäßige Ausgabe Konjunkturpakete abzüglich Förderung Konjunkturpaket II und 20.000 € Ausgleichstockmittel (Fenster-sanierung im Grundschulerweiterungsgebäude, Fenstersanierung im Feuerwehrhaus/Bauhofgebäude, Sanierung der Sanitärräume in der kleinen Turnhalle)
- ca. 200.000 € Rückerstattung geförderter Grunderwerb Langbau
- 54.150 € Grunderwerbkosten (keine Darlehensaufnahme)
- ca. 25.000 € Mehrausgaben Straßensanierung
- ca. 8.000 € Mehrausg. Erschl. Thumbstraße nachträgl. Schlussrechnung
1.641.400 €

Anmerkungen zum Haushaltsjahr 2009:

Ein Ergebnis für 2009 kann noch nicht vorhergesagt werden. Es werden die 1,5 Mio. € Kreditaufnahmen und 1,5 Mio. € Ausgaben für Grunderwerb nicht als Haushaltseinnahme bzw. -ausgabestelle übertragen, sondern im Haushaltsplan 2010 erneut veranschlagt. Jedoch kann bereits zum heutigen Zeitpunkt gesagt werden, dass der Verwaltungshaushalt ein wenig besser abschließt als erwartet. Es ist evtl. sogar möglich, dass die Rücklagenentnahme 2009 ein wenig geringer ausfällt.

Vermögensentwicklung 2009

a) **Allgemeine Rücklagen**

Im Haushaltsjahr 2009 war eine Rücklagenentnahme in Höhe von 545.500 € vorgesehen. Auf die Rücklagenentnahme 2009 kann nach derzeitigem Stand nicht verzichtet werden. Der Stand der allgemeinen Rücklagen zum 31.12.2009 beträgt voller Rücklagenentnahme voraussichtlich ca. 2.756.804 €

Damit liegt die allgemeine Rücklage immer noch über der gesetzlichen Mindestrücklage.

b) **Schulden der Gemeinde**

Stand zum 01.01.2009	0,00 €
Stand zum 31.12.2009	<u>0,00 €</u>
Somit Abnahme	0,00 €

(Übernahme Haushaltseinnahmerest Kreditermächtigung 2009 in Höhe von 1,5 Mio. € für evtl. Grunderwerb in Höhe von 1,5 Mio. € im Haushaltsjahr 2010)

b) **Schulden des Eigenbetriebes Wasserversorgung (inkl. Trägerdarlehen und Kassenmehrausgabe)**

Stand zum 01.01.2009	539.351,67 €
Stand zum 31.12.2009	<u>494.095,21 €</u>
Somit Abnahme	45.256,46 €

c) **Schulden des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung (inkl. Trägerdarlehen und Kassenmehrausgabe)**

Stand zum 01.01.2009	1.366.885,02 €
Stand zum 31.12.2009	<u>1.324.085,02 €</u>
Somit Abnahme	42.800 €

e) **Voraussichtliche Gesamtschulden (inkl. Trägerdarlehen, und Kassenmehrausgaben)**

der Eigenbetriebe der Gemeinde Baidt zum 31.12.2009: 1.818.180,23 €

Bei 4.834 Einwohnern (Statistik zum 30.06.2009) ergibt sich somit eine voraussichtl. Pro-Kopf-Verschuldung an Kreditmarktschulden von 17.895,24 €, das heißt 3,70 € pro Einwohner. Der Landesdurchschnitt betrug zum 31.12.2008 523 €/Einwohner einschließlich der Schulden der Eigenbetriebe (Angaben des Gemeindetags lt. Gemeindefinanzbericht 2009).

II. Ausblick auf das Rechnungsjahr 2010

1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sowie die Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für das Rechnungsjahr 2010 wurden vom Fachbeamten für das Finanzwesen, Herrn Abele, im Einvernehmen mit dem Bürgermeister Herrn Buemann nach den gesetzlichen Vorschriften des Haushaltserlasses aufgestellt. Der Entwurf muss nicht mehr nach § 81 Abs. 1 nach ortsüblicher Bekanntgabe im Amtsblatt zur Einsicht für die Einwohner und Abgabepflichtigen ausgelegt werden. § 81 Absatz 1 wurde gem. GBl. Nr. 17 (S. 705) vom 08.12.2005 zum 01.01.2006 aufgehoben.

Der Haushaltplan 2010 steht gesamtwirtschaftlich unter keinem guten Stern. Die Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschlands hat sich in eine Schwäche verwandelt. Ein mäßiger Aufschwung der Wirtschaft, nach –5% Wirtschaftswachstum 2009, weitergehende Kurzarbeit, stehende Produktreihen und Sorge vor der Zukunft mit steigenden Arbeitslosenzahlen. Alles Dinge die uns gegenwärtig täglich in den Medien und seitens der Bundesregierung im Jahr 2010 vorhergesagt werden.

Die Ausgangslage für die Haushaltsplanberatung 2010 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2013 lässt sich derzeit als negativ bezeichnen. Entgegen unserer Annahme in den Haushaltsplanberatungen für 2009, dass wir auch in den Folgejahren die Mindestzuführungsrate, also die ordentliche Tilgungsrate und die Kreditbeschaffungskosten erreichen würden, verfehlen wir diese planerisch in 2010 um sage und schreibe 354.000 €. Auch in 2011 werden wir diese vermutlich nicht erwirtschaften. Die Lage der Kommunen ist 2010 und 2011 ohne Übertreibung als katastrophal zu bezeichnen.

Man muss die derzeitige Wirtschaftssituation als Chance begreifen und in den Jahren 2010 und 2011 die richtigen Signale und Weichen setzen. Noch stärker sinkende Steuereinnahmen werden 2011 die Folge sein.

Der Gesamthaushalt der Gemeinde Baidt hat 2010 ein Volumen 10.371.390 € (Vorjahr 10.309.120 €). Für den Verwaltungshaushalt sind 2010 6.539.920 € (Vorjahr 6.577.320 €), für den Vermögenshaushalt 3.831.470 € (Vorjahr 3.731.800 €) veranschlagt. Vergleichszahlen zu den Planansätzen 2010 sind die Planansätze des Jahres 2009 sowie das Ergebnis des Jahres 2008. Diese sind im jeweiligen Haushaltsplan mit aufgeführt.

Der Verwaltungshaushalt liegt 37.400 € unter dem Planansatz von 2009. Die Zuführungsrate liegt bei – 353.770 €, das heißt der Vermögenshaushalt muss 353.770 € aus der Rücklage aufbringen um den Verwaltungshaushalt auszugleichen. (Vj. 127.800 €).

2. Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten

Gemeindesteuern

Das Gesamtaufkommen beläuft sich 2010 auf 1.120.000 € entsprechend 17,1 % der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes (Vorjahressteueraufkommen 1.104.750 € entsprechend 16,8 %).

a) Grundsteuer A und B

Das Gesamtaufkommen 2010 liegt bei 420.000 € (VJ 404.750 €) und macht 6,4 % der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes aus (2009 6,1 %). Die Hebesätze der Grundsteuer A in Höhe von 320 v. H. (gewogene landesweite Durchschnittssatz 2008 339 v. Hd.) und der Grundsteuer B in Höhe von 300 v. H. (gewogene landesweite Durchschnittssatz 356 v. H.) entsprechen den Ausgleichstockanrechnungshebesätze.

Gemeinde	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer
Baidt	320	300	340
Baienfurt	320	340	340
Weingarten	280	350	350
Ravensburg	230	350	350

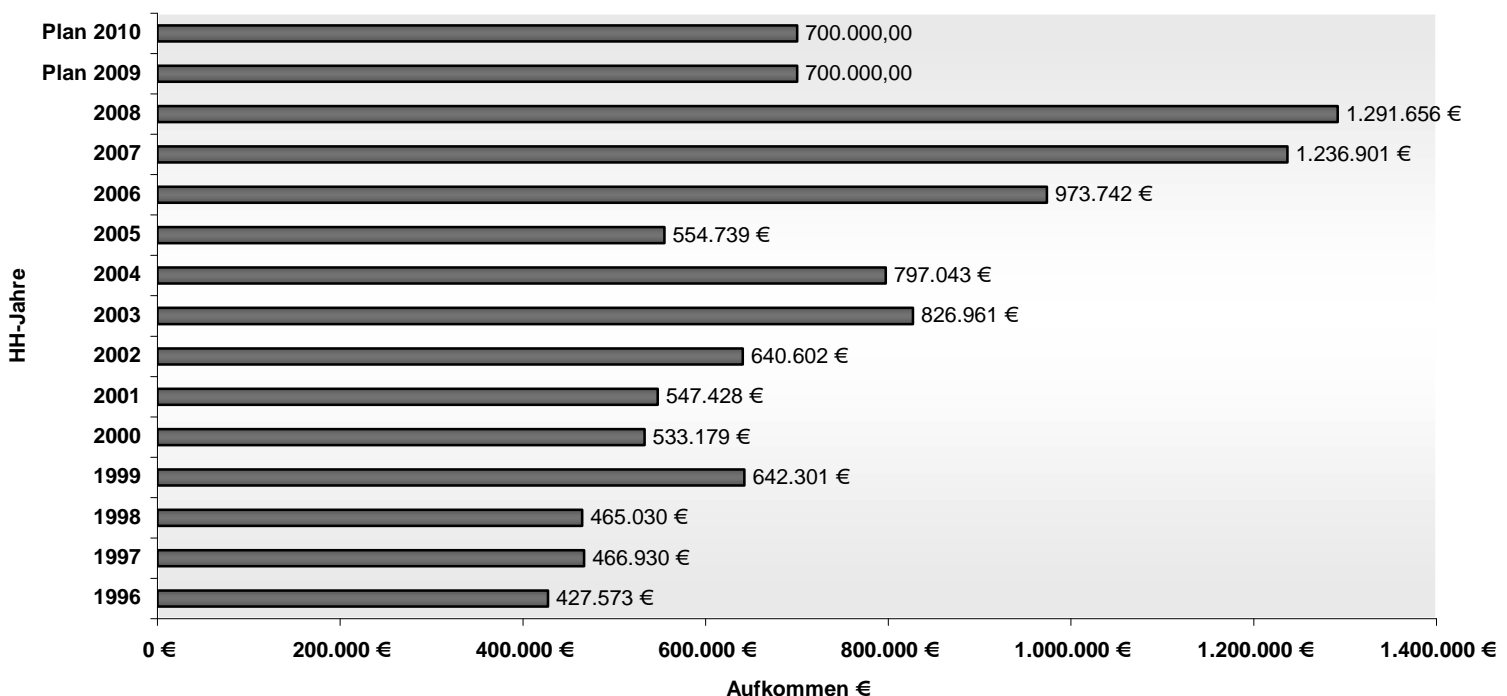
b) Gewerbesteuer 2009

Die Gewerbesteuer wurde im Haushaltsjahr mit 700.000 € veranschlagt, was 10,7 % der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes entspricht (2008 700.000 € oder 10,6 %). Der Hebesatz der Gewerbesteuer in Höhe von 340 v. Hd. entspricht dem Ausgleichstockanrechnungshebesatz. Der gewogene landesweite Durchschnittsatz liegt bei 355 v. Hd.

In den Planjahren 2008 und 2009 wurde die Gewerbesteuer zu niedrig prognostiziert. Geringere Ergebnisse aufgrund Unternehmenssteuerreform und konjunkturelle Einbrüche sind bisher zum Glück noch nicht so stark eingetreten. Da jedoch die Vorauszahlungen für 2010 bei nur 678.000 € liegen und nicht prognostiziert werden kann dass aus den Veranlagungen Nachzahlungen resultieren wird die Gewerbesteuer unter der Berücksichtigung, dass von der Gewerbesteuer nur ca. 25 % im Gemeindehaushalt verbleiben, mit wiederum 700.000 € angesetzt. Bei der Gewerbesteuerumlage müssen wir wegen eines höherem Umlagesatz 6.000 € mehr aufwenden.

Bezogen auf Baintd ist festzustellen, dass die Rahmenbedingungen für die hier ansässige Industrie gut sind. Baintd ist von einigen wenigen Gewerbesteuerzahler abhängig. Die 10 besten Gewerbesteuerzahler decken ca. 67 % des Vorauszahlungsbetrags.

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens von 1996-2010 (Sollzahlen)



Die Gewerbesteuerumlage beträgt 2010 71 % (Vorjahr 67 %) der maßgeblichen Bemessungsgrundlage, also der veranschlagten Gewerbesteuer geteilt durch den örtlichen Hebesatz von 340 v. Hd. Die Gemeinde hat somit 144.000 € abzuführen. Die Gewerbesteuerumlage wird voraussichtlich 2011 und 2012 70 % betragen. Von 237 registrierten Gewerbebetrieben bezahlten 81 Gewerbesteuer (Basisjahr 2007).

**Gewerbesteuereinnahmen und ihre Auswirkungen im kommunalen Finanzausgleich
Was bleibt von 100 Euro (EUR) Gewerbesteuer in der Gemeindekasse**

Modellhafte Darstellung der Auswirkungen einer Gewerbesteuer-Mehreinnahme im Jahr 2010 von 100 EUR (nicht aus einer Hebesatzerhöhung) auf die Haushaltswirtschaft einer Gemeinde unter Einbeziehung der Ausgleichsmechanismen des Finanzausgleichs (vereinfacht)

Annahmen:	Steuermehreinnahme	100 €
	Anrechnungshebesatz FAG	290 v.H.
	örtlicher Gewerbesteuerhebesatz	340 v.H.
	FAG-Umlagesatz:	22,10 v.H. bei Sockelgarantiegemeinde
		23,00 v.H. bei Gemeinde, Baintdt
	Kreisumlagesatz:	33,00 v.H. Prognose für 2012
	Gewerbesteuerumlage	71 v.H. (2010)
		71 v.H. (2010 und später)

		Gemeinde Baintdt
		(EUR)
1.	Auswirkungen im 1. Jahr (2010)	
1.1	Mehreinnahme Gewerbesteuer	100,00
1.2	Höhere Gewerbesteuerumlage: Ist-Aufkommen * Umlagesatz / örtl. Hebesatz	-20,88
1.3	Nettoverbesserung im 1. Jahr (2010)	79,12
2.	Auswirkungen im 3. Jahr (2012)	
2.1	Rückgang der Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft (sofern keine Abundanzgemeinde) wegen einer Erhöhung der Steuerkraftmesszahl 2012 (§ 6 FAG):	
2.1.1	GewSt 2009 * Anrechnungshebesatz / örtl. Hebesatz	85,29
2.1.2	abzüglich GewSt-Umlage 2010	-20,88
2.1.3	erhöhte Steuerkraftmesszahl 2012 = geringere Schlüsselzahl 2012 (bei Abundanzgemeinde ohne Auswirkungen)	64,41
2.1.4	bei einer Ausschüttungsquote von ca. 70 v.H. ergibt sich eine Wenigerzuweisung nach mangelnder Steuerkraft	-45,09
2.2	Höhere Finanzausgleichsumlage (§ 1a FAG): erhöhte Steuerkraftmesszahl (-summe) 2012 * FAG-Umlagesatz	-14,81
2.3	Höhere Kreisumlage (§ 35 FAG): erhöhte Steuerkraftmesszahl (-summe) 2012 * Kreisumlagesatz	-21,26
2.4	Gesamtverschlechterung im 3. Jahr (2012)	-81,16
3.	Auswirkungen im 5. Jahr (2014)	
	Im Jahr 2014 verringert sich - wegen der zurückgegangenen Schlüsselzuweisung 2012 - die Steuerkraftsumme (§ 38 Abs. 1 FAG). Die Folge davon ist eine	
3.1	Geringere Finanzausgleichsumlage (§ 1a FAG): geringere Schlüsselzuw. 2012 * FAG-Umlagesatz	10,37
3.2	Geringere Kreisumlage (§ 35 FAG): geringere Schlüsselzuw. 2012 * Kreisumlagesatz	14,88
3.3	Gesamtverbesserung im 5. Jahr (2014)	25,25
4.	Gesamtauswirkungen 1. - 5. Jahr	
4.1	von 100 EUR Gewerbesteuer verbleiben	23,21
4.2	Abschöpfung (v.H.)	76,79

Erläuterungen:

Im Finanzausgleich sind - nach dem FAG - jeweils die Ergebnisse des zweitvorangegangenen Jahres, d.h. für 2012 des Jahres 2010 und für 2014 des Jahres 2012 maßgebend.

Der FAG-Umlagesatz ist je nach Finanzkraft der Gemeinde unterschiedlich hoch (zwischen 22,10 und 32 v.H. nach FAG 2009). Der Kreisumlagesatz variiert zwischen den Landkreisen. Er wird innerhalb der 5-Jahres-Betrachtung nicht konstant bleiben.

Der Teil der Gewerbesteuer über dem Anrechnungshebesatz wird im kommunalen Finanzausgleich nicht angerechnet und verbleibt damit ungeschmälert in der Gemeindekasse.

Berechnungen zum kommunalen Finanzausgleich können wegen der Komplexität und gegenseitigen Abhängigkeiten allenfalls grob und stark schematisiert erfolgen. Geht beispielsweise das Gewerbesteueraufkommen zurück, so reduziert sich auch das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs mit der Folge geringerer Schlüsselzuweisungen. Ggf. führt dies dann im Landkreis zu einer Anpassung des Kreisumlagesatzes. Auch die Investitionspauschale hängt von der Steuerkraft der Gemeinde ab und kann mit höheren/niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen geringfügig variieren. Die Gemeinde kann durch eine Gewerbesteuer-mehreinnahme von einer Sockelgarantiegemeinde zu einer „normalen“ Gemeinde werden. Es gibt immer wieder Gemeinden, die in dem 5-Jahres-Zeitraum, wie er den Berechnungen zugrundegelegt wurde, zwischen den drei Gemeindekategorien wechseln.

Hundesteuer und Jagdpacht

Die Hundesteuer wurde mit 8.500 € veranschlagt und entspricht 0,1 % der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes. Die Hundesteuer beträgt seit 01.01.06 60 €/Hund und Jahr. In Baidt sind derzeit lediglich 143 Hunde registriert.

Die Jagdpacht wird alle 2 Jahre fällig. Sie ist wieder 2011 in Höhe von 450 € fällig.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Umsatzsteuer und des Familienlastenausgleichs

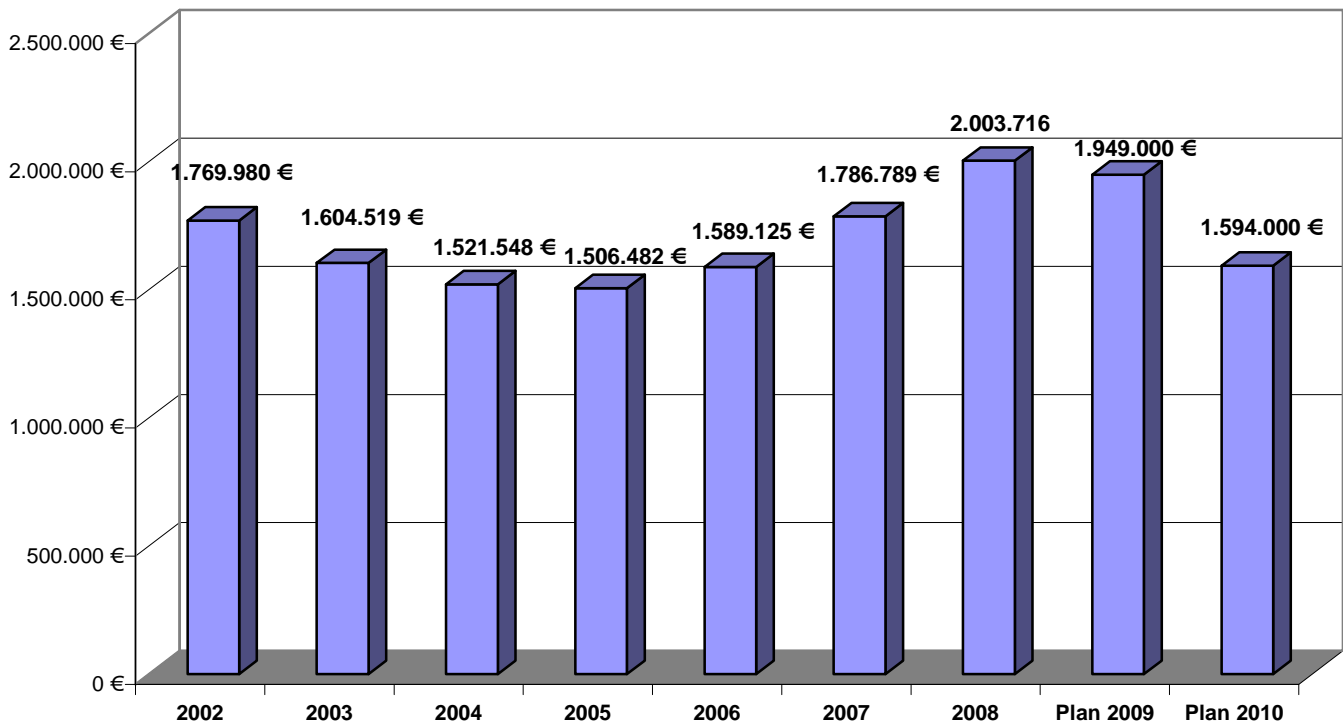
Nach dem Haushaltserlass des Innenministeriums werden 2010 die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf 3,60 Mrd. € (Vj. 4,40 Mrd. €) geschätzt. Der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer ist mit 490 Mio. € veranschlagt. Der Ausgleich der Gemeinden durch die Systemumstellung bei der Kindergeldzahlung und die dadurch entstehenden Mindereinnahmen (Familienlastenausgleich) ist im Haushaltserlass mit 333 Mio. € eingestellt.

Die Gemeinden bekommen 15 % an der Lohn- und Einkommensteuer. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird auf die einzelne Gemeinde nach Maßgabe einer Schlüsselzahl verteilt, die das örtliche Aufkommen aus der Einkommensteuer ohne Berücksichtigung der Einkommensteuerspitzen berücksichtigt. So werden derzeit nur die Steueranteile aus Einkommensteuerbeträge bis zu 30.000 € für Alleinstehende bzw. 60.000 € für zusammen veranlagte Ehegatten zugrunde gelegt. Die Schlüsselzahl wird alle drei Jahre angepasst. Die Schlüsselzahl aus Statistikjahr 2004 beträgt 0,0004430.

Erst für die Jahre 2012 bis 2014 werden auf der Basis der Lohn- und Einkommensteuerleistungen der Gemeindeeinwohner im Statistikjahr 2007 neue Schlüsselzahlen festgelegt.

Insgesamt ergibt sich für Baidt ein Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 1.594.000 €, dies entspricht 24,37 % der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes (Vorjahr 1.949.000 € oder 29,63 %). Wie jedes Jahr ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die größte Einnahmeposition des Verwaltungshaushaltes.

Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, 2002-2010



Die Schlüsselzahl für den Familienlastenausgleich ist identisch mit der Schlüsselzahl des Gemeindeanteils an der EKSt. Bei einem Aufkommen von 333 Mio. € ergeben sich Einnahmen für Baidt in Höhe von 147.000 € (Vj. 149.000 €).

Die Gemeinden bekommen 2,2 % an der Umsatzsteuer. Bei einer unveränderten Schlüsselzahl in Höhe von 0,0001437 ergibt sich bei 490 Mio. € Umsatzsteuer ein Ansatz in Höhe von 70.000 € (Vj. 70.000 €). Ein endgültiger Verteilungsschlüssel für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird zum Haushaltsjahr 2010 festgelegt.

Schlüsselzuweisungen mit kommunaler Investitionspauschale

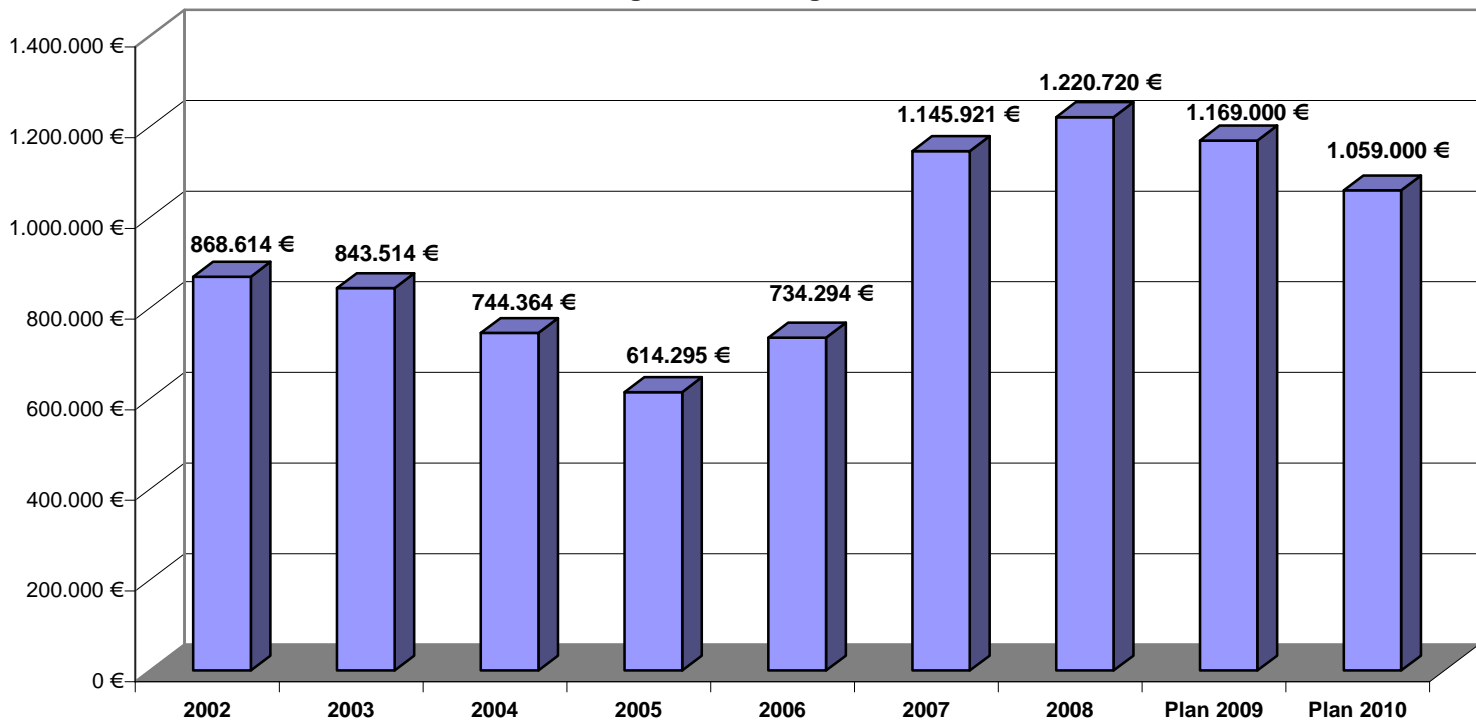
Da durch das stärkere Steuerjahr 2008 die Differenz zwischen Bedarfsmesszahl (Einwohnerzahl vom 30.06.2009 multipliziert mit dem Kopfbetrag in Höhe von 1.000 € (Vj. 981 €) und der Steuerkraftmesszahl wesentlich höher ist, bekommt die Gemeinde Baidt 2010 110.000 € weniger Finanzaufweisungen nach mangelnder Steuerkraft zugewiesen.

Das Finanzministerium geht zudem entgegen aller Erwartungen von einem höheren Kopfbetrag aus. Dies beruht darauf, dass der Rückgang des Verbundanteils an den Gemeinschaftssteuern von 2009 auf 2010 durch eine Steigerung der Finanzausgleichsumlage, die die Gemeinden selbst aufzubringen haben, etwas übertroffen wird. Die Gemeinde Baidt ist weiterhin bemüht die Zahl der Einwohner mit Nebenwohnsitz zu begrenzen, da die Gemeinde nur für jeden Einwohner mit Hauptwohnsitz Geld bekommt.

2010 beträgt die kommunale Investitionspauschale 34,00 € je EW (Vj. 37,00 €/EW). Die Gemeinde Baidt erhält gegenüber dem Vorjahr Wenigereinnahmen in Höhe von 15.000 €.

Die Schlüsselzuweisungen inkl. Investitionspauschale ergeben 1.248.000 € (Vorjahr 1.373.000 €). Dies entspricht 19,08 % der Einnahmen des VWH.

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen, Finanzzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft



Gebühren, Entgelte, Mieten und dgl. (Gruppierung 1000-1599)

Das Gesamtaufkommen aus Gebühren, Entgelten und Mieten im Jahr 2009 beläuft sich auf 479.600 € (Vj. 475.520 €) entsprechend 7,3 % der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes.

Die Gebühreneinnahmen bei der Müllabfuhr wurden zum 01.01.2008 kalkuliert. Die kostenrechnende Einrichtung Abfallwirtschaft ist auf Seite 27 näher erläutert.

Die Gebühren in der kostenrechnenden Einrichtung Friedhof/Leichenhalle wurde 2006 auf einen Kostendeckungsgrad in Höhe von 65 % angehoben. Die Gebühreneinnahmen wurden mit 5.000 € Steigerung gegenüber dem Vorjahr mit 55.000 € (2008: 66.225,50 €) kalkuliert. Der Kostendeckungsgrad des Friedhofes steht und fällt mit der tatsächlichen Anzahl der Sterbefälle. Die Friedhofserweiterung wird derzeit nicht weiterverfolgt. Die Anzahl der Urnenbestattungen (Urnenwand, Urnengräber) nimmt deutlich zu. Nach derzeitigen Hochrechnungen besteht eine Planungssicherheit durch Optimierung des bestehenden Friedhofs. Der Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen liegt im Haushaltsplan 2010 bei 51,21%.

Der Ansatz „Mieteinnahmen für die Gaststätte“ wurde beim Unterabschnitt Schenk-Konrad-Halle aufgrund der schwierigen Situation im Gaststättengewerbe erneut ein wenig nach unten korrigiert und dem Jahresergebnis 2006 angepasst. Die Mieteinnahme der Gaststätte betragen 2009 nur 5.842,50 € (Ansatz 2010: 10.000 €). Der Kostendeckungsgrad der Schenk-Konrad-Halle inkl. Gaststätte ist mit 21,9 % minimal.

Der Elternbeitrag für den Kindergarten beträgt aktuell 92 Euro. Die zurückgehenden Kinderzahlen sowie gesteigerte Nachfrage bei den kommunalen Kindergärten Sonne, Mond und Sterne und beim Kindergarten Regenbogen sowie beim nichtkommunalen Kindergarten St. Martin zwang die Gemeinde in den Jahren 2007 und 2008 zum Handeln. Es wurde eine spezielle Kleinkindgruppe und altersgemischte Gruppen eingerichtet.

Im Fokus stehen zur Zeit:

- Verdopplung der Zahl der bundesweit für die Betreuung von unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen (Kindergärten, Krippen) oder Kindertagespflege bis 2010 um 230.000 Plätze auf 500.000 durch Vorgaben über das Tagesbetreuungs-ausbaugesetz (TAG).
- Ein über TAG hinausgehender bedarfsgerechter Ausbau der Kleinkindbetreuung für durchschnittlich 35% der unter 3-Jährigen bis 2013, ergänzt um einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 2013 für alle Kinder vom vollendeten ersten bis dritten Lebensjahr mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014. Dies hat die Schaffung von bundesweit weiteren 250.000 Betreuungsplätzen und den Ausbau auf 750.000 Plätzen für die Betreuung von unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege zur Folge.
- Qualitätsoffensive im Kindergarten mit den Modellprojekten *Orientierungsplan* und *Schulreifes Kind*.

Der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kleinkindbetreuungsplatz haben die Länder gegenüber dem Bund in einer Verwaltungsvereinbarung „Kinderbetreuungs-ausbau“ zugestimmt. Die Einführung dieses Rechtsanspruchs ab dem 01.08.2013 ist mit der Änderung des Bundesrechts (SGB XIII), dem so genannten Kinderförderungsgesetz (KiFöG) bereits erfolgt.

Da die Bundes- und Landesförderung von Kosten ausgehen, die nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen, ist der überwiegende Teil der finanziellen Lasten für den Ausbau der Kleinkindbetreuung mit zirka 330 Mio. Euro bzw. mehr als 50 Prozent, des ungedeckten Aufwands von den Kommunen zu schultern. Der fortschreitende Ausbau und die Einnahmeausfälle durch die Finanzkrise offenbaren zwischenzeitlich für immer mehr Städte und Gemeinden, dass die auf dem Gebiet von Bildung und Betreuung von Kleinkindern und Kindergartenkindern bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen und deren Finanzierung für sie zum Spagat werden, der, wenn überhaupt, nur unter allergrößten finanziellen Anstrengungen noch zu bewerkstelligen ist. Zudem sind die dafür vorgesehenen Zeitpläne nicht mehr zu halten. Die Umsetzung der Ausbauplanung muss daher mit dem Bund und dem Land neu verhandelt werden. Auch bezüglich der Berechtigungsgrundlagen für die Landesbeteiligung bei der Kleinkindbetreuung muss die Finanzierung einer Revision unterzogen werden.

Ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 sollten die Elemente des *Orientierungsplans* für alle Einrichtungen verbindlich zur Anwendung vorgeschrieben werden. Die angestrebte individuelle Förderung der Kinder auf der Grundlage von individueller Beobachtung und Dokumentation, verbunden mit verpflichtenden Elterngesprächen und unterlegt mit einer Qualitätssicherung durch die Fachberatung, hat umfangreiche zusätzliche Anforderungen an die Personal-, Raum- und Sachausstattung und ggf. eine Reduzierung der Gruppengrößen zur Folge.

Die Umsetzung des Orientierungsplans, des Projekts Schulreifes Kind mit vorgezogenen Einschulungsuntersuchungen, der verpflichtenden Sprachstandsdiagnose sowie der Sprachförderung, die dazu notwendige Weiterbildung der Erzieherinnen bis hin zu einer in Teilen notwendigen und fortschreitenden Akademisierung, erhöhter Koordinationsaufwand, eine zusätzlich notwendig werdende Freistellung von Leistungskräften sowie eine Intensivierung der Fachberatung lassen nach Berechnungen des Gemeindetags Zusatzkosten im Kindergartenbereich von landesweit jährlich über 600 Mio. Euro bei einer flächendeckenden Umsetzung erwarten.

Politisch steht zudem derzeit die Gebührenfreiheit für den Kindergarten ganz oben auf der Agenda und wurde in Einzelfällen in unterschiedlicher Ausprägung auf kommunaler Ebene bereits realisiert. Angesichts der düsteren finanziellen Perspektiven für die kommunalen Haushalte in den nächsten Jahren, den weiter ansteigenden Qualitätsanforderungen an die Betreuung und nicht zuletzt auch aufgrund der ab November 2009 wirksam gewordenen Tarifierhöhungen für die Erzieherinnen und Erzieher kann weniger denn je auf Beiträge finanziell leistungsfähiger Eltern dauerhaft verzichtet werden. Ohnehin geht die Landesregierung grundsätzlich von einem Elternanteil von 20 Prozent aus. Auch Kirchen und andere freie Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen müssen sich weiterhin spürbar auch finanziell engagieren. Ansonsten sind die Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kommunen nicht zu finanzieren. Ein moderater Anstieg der Elternbeiträge könnte sich durchaus abzeichnen.

Zinseinnahmen

Die Gemeinde nimmt voraussichtlich im Haushaltsjahr 2010 105.000 € Zinseinnahmen ein. Die 105.000 € verteilen sich auf 75.000 € aus der Verzinsung der Trägerdarlehen und Kassenkrediten an die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und hoffentlich 30.000 € aus der Festgeldanlage (Annahme von einem Zinsniveau von 1%). Die Zinsen werden 2010 kaum ansteigen. Die Gemeinde setzt weiterhin nur auf Festgeldanlagen bei den örtlichen Banken.

Personalkosten

Die Personalkosten 2010 nehmen gegenüber dem Vorjahr um 81.820 € zu. Dies entspricht einem prozentualen Anstieg um 4,87 %. Insgesamt werden 1.759.800 € Personalkosten im Gemeindehaushalt veranschlagt. An Verwaltungskostenbeiträge und Beschäftigungsentgelte Bauhof wurden im Bereich Wasser 49.000 € (Vj. 43.000 €) und im Bereich Abwasser 56.000 € (Vj. 51.000 €) eingestellt. Die Personalkosten betragen im Haushalt 2009 ca. 26,9 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts.

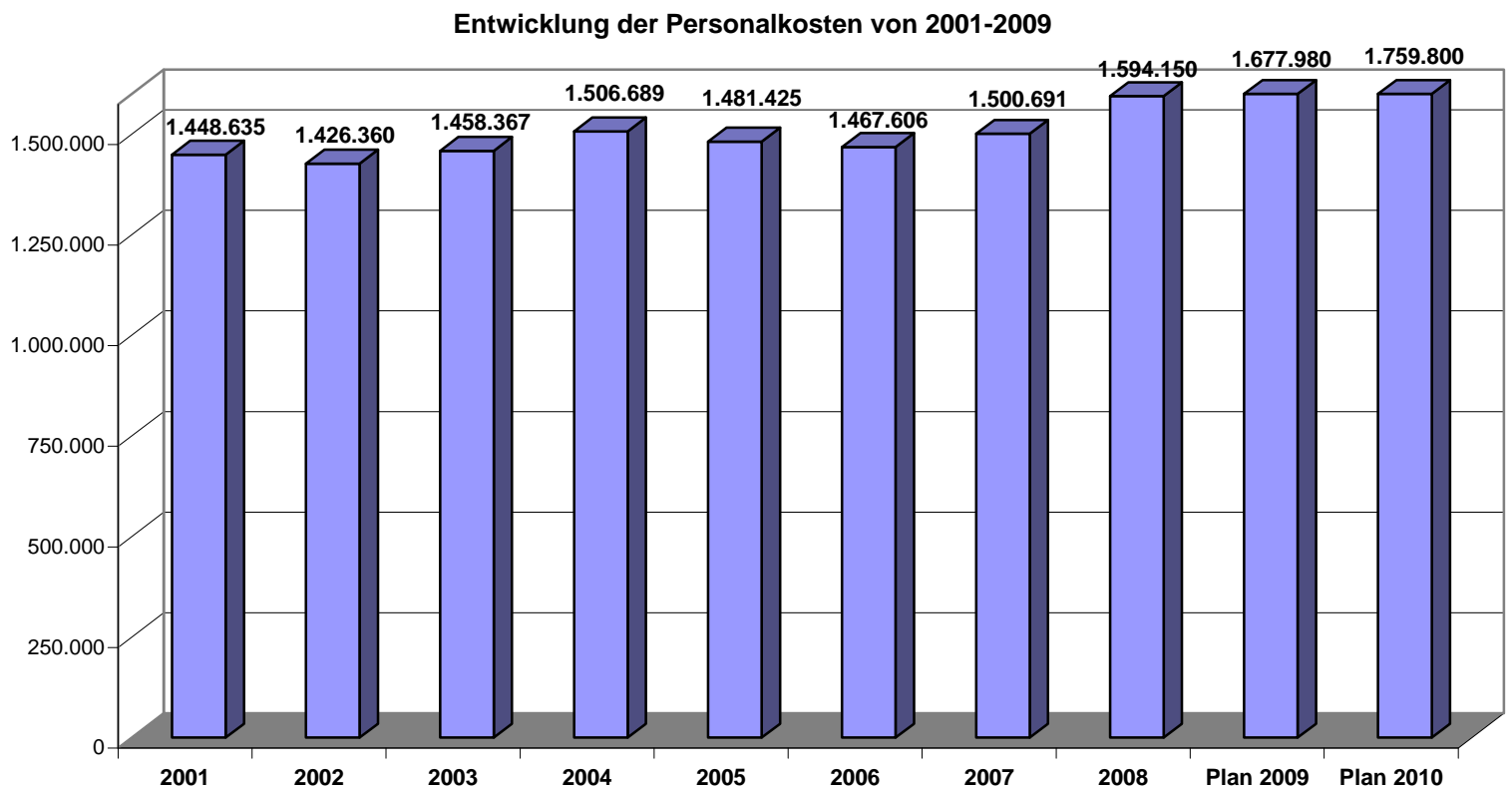
Die Personalkosten für unseren Wassermeister werden zunächst zu 100% beim Bauhof verbucht. Die Stunden, die er beim Zweckverband Wasserversorgung Baienfurt-Baidt eingesetzt ist, werden monatlich angefordert. Im Jahr 2010 werden voraussichtlich ca. 32.000 € vom Zweckverband erstattet.

Folgende Punkte wirken sich **negativ** auf die Personalkosten aus:

- Neuer Bauhofmitarbeiter
- Tarifvertragsabschlüsse für Beschäftigte (Tarifverhandlungen laufen noch) und Beamte (ab 01.03.2010 1,2%)
- 2 Beschäftigte in Altersteilzeit (Urlaubsphase)
- Beförderungen, Höhergruppierungen etc.

Der TVöD für die Beschäftigten (ehemals Arbeiter, Angestellte) verlangt eine direkt leistungsbezogene Entgeltgestaltung. Ein Prozent der Gehaltssumme fließt ab 2008 in ein Leistungsentgelt (§ 18). Der Anteil wird später durch Tarifabschlüsse erhöht. Die Summe muss leistungsbezogen ausgeschüttet werden. Dabei kommen verschiedene Methoden in Betracht: Leistungsprämie nach Zielvereinbarung, Erfolgsprämie nach wirtschaftlichem Erfolg und wirtschaftliche Leistungszulage. Eine systematische Leistungsbewertung nach betrieblicher Vereinbarung wurde 2008 in Angriff genommen und Ende Dezember 2009 erstmalig ausbezahlt.

Für die Beschäftigten im Sozial – und Erziehungsdienst wurde im November 2009 ein neuer Tarifvertrag mit einer neuen Entgelttabelle S abgeschlossen. Die Umsetzung dieses Tarifvertrags erfolgt im Januar. Die Mehrkosten von ca. 5-6000 € sind im Ansatz 2010 noch nicht enthalten.



Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand beläuft sich im Jahr 2010 auf 1.091.810. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang von 41.310 €. Beim Ansatz für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen wurde der Ansatz für dringende Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Gebäudemanagements um 16.050 € verringert. Alle Haushaltsstellen „Unterhaltung der Grundstücke und baulicher Anlagen“ wurden im Verwaltungshaushalt für übertragbar erklärt, das heißt es kann am Jahresende ein Haushaltsausgaberest gebildet werden.

Die Kostenerstattung an den Landkreis für die Deponiekosten wurde um 3.000 € auf 92.000 € gesenkt (RE 2009: 91.753,23 €).

Der Ansatz beim Sammelnachweis für die Bewirtschaftung der Grundstücke reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr um 14.650 € (232.700 €) auf 218.050 €. Die Gruppierung 54 Bewirtschaftungskosten enthält Heizungs-, Reinigungs-, Beleuchtungs- und Versicherungskosten.

Ein Gebäudemanagement/ Facility Management mit Energiesparmaßnahmen (Strom und Heizungskosten kommunaler Gebäude in Höhe von ca. 108.200 € und Straßenbeleuchtungskosten in Höhe von 29.000 €) wurde im Jahr 2007 begonnen und wird im Jahr 2010 konsequent fortgeführt. Strom- und Heizungskostensteigerungen werden durch Energieeinsparmaßnahmen (z.B. Schulung von Hausmeistern und Mitarbeiter zur sparsamen Bewirtschaftung etc.) und der schrittweisen Verbesserung und Sanierung der kommunalen Gebäuden ein wenig abgemildert. 2010 wird die Teilnahme im European Energy Award umgesetzt.

Der Ansatz bei den Geschäftsausgaben wurde im Vergleich zum Vorjahr um 2.250 € auf 98.550 € gesenkt. Die Gruppierung 65 enthält Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren, Öffentliche Bekanntmachungen, Dienstreisen, Sachverständigen- und Gerichtskosten und sonstige Geschäftsausgaben.

Zuweisungen und Zuschüsse (Gruppierung 7)

Die Zuweisungen und Zuschüsse betragen im Haushaltsjahr 2010 353.960 € (2009 349.370 €), dies entspricht einem Gesamtanteil an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes von 5,4 % (Vorjahr 5,3 %). Bei den Zuweisungen und Zuschüssen ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr wesentliche Änderungen. Größter Kostenpunkt ist wie letztes Jahr auch die Zuweisung an die nichtkommunalen Kindergärten. Sie beträgt 276.000 € gegenüber dem Planansatz 09 von 270.000 €

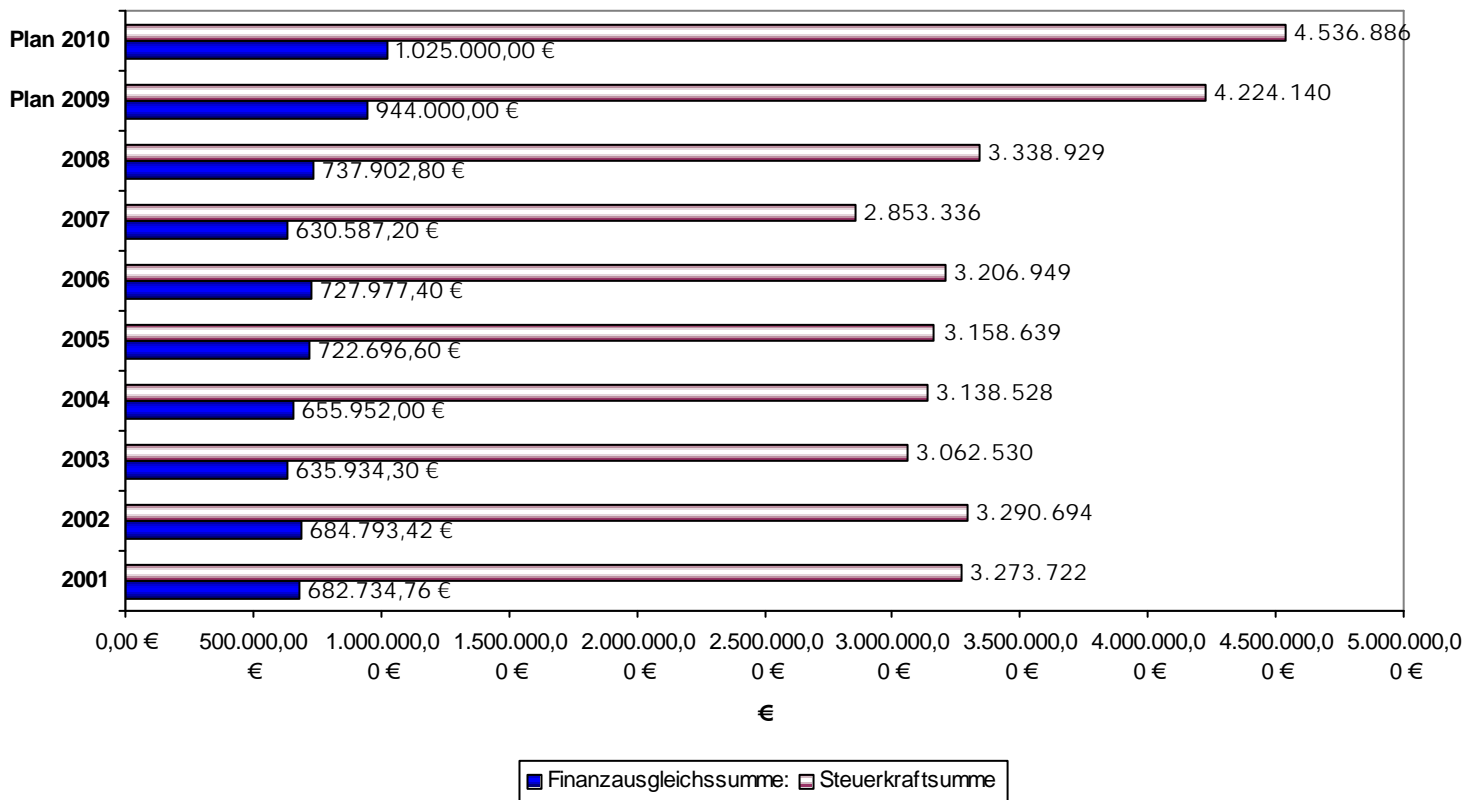
Zinsausgaben

Die Zinsausgaben 2010 betragen 10.000 € (Vorjahr 20.000 €). Die Gemeinde Baintd wird im Haushaltsjahr 2010 um die notwendigen Ausgaben für evtl. Grunderwerb finanzieren zu können, voraussichtlich einen Kredit in Höhe von 1,5 Mio. € aufnehmen müssen.

Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage

Da das Haushaltsjahr 2008 mit einer Steuerkraftsumme von 4.536.886 € ein stärkeres Rechnungsjahr war, wirkt sich dies mit 81.000 € Mehrausgaben im Finanzausgleich aus. Die Finanzausgleichsumlage beträgt 2010 1.025.000 € (Vorjahr 944.000 €), entsprechend 15,67 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes. Bemessungsgrundlage für die Finanzausgleichsumlage ist die Steuerkraftsumme der Gemeinde. Der Umlagesatz beträgt 22,58 %.

Entwicklung der Finanzausgleichsumlage

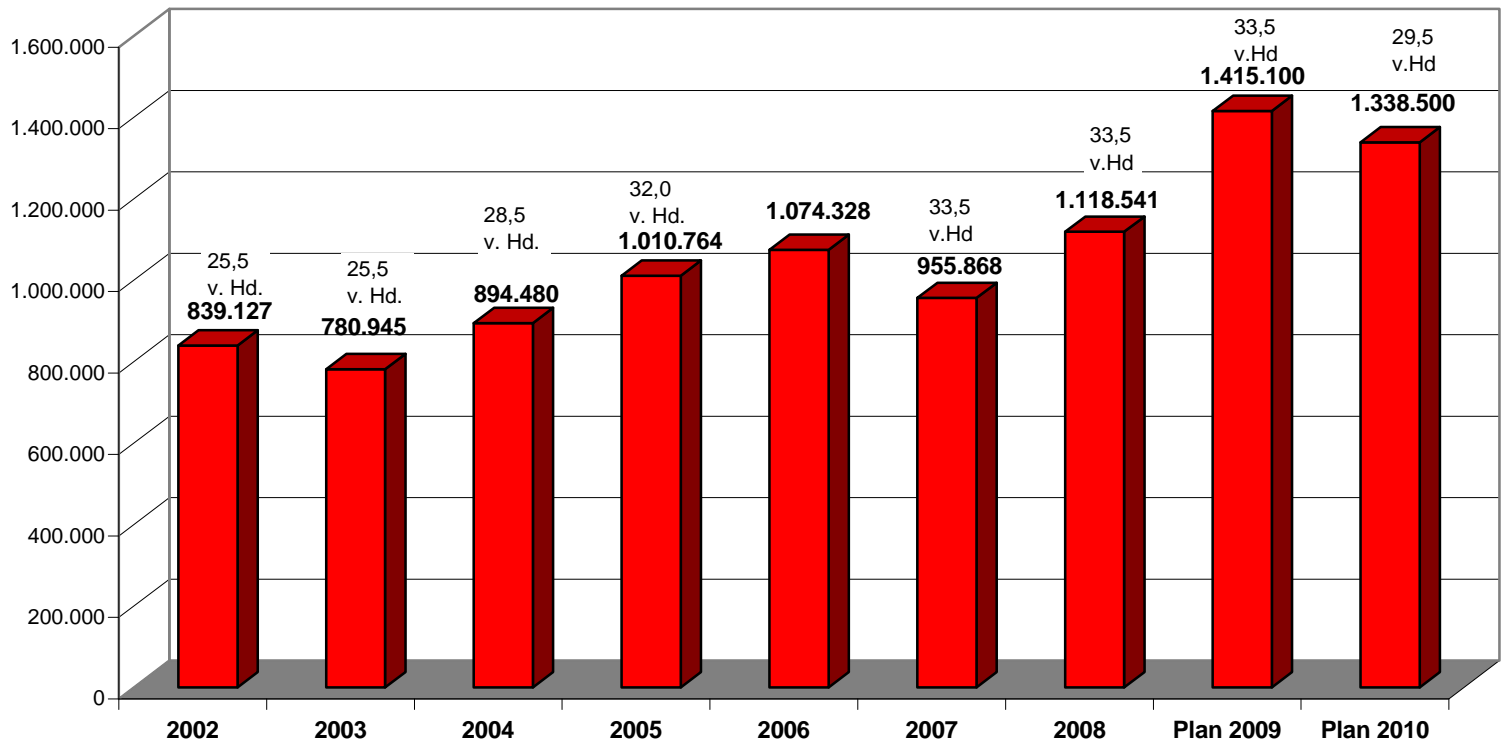


Die Kreisumlage, die sich ebenfalls an der Steuerkraftsumme orientiert und die für das Jahr 2010 mit einem festgesetzten Hebesatz von 29,5 % gerechnet wird, beträgt 1.338.500 € (Vj. 1.415.100 €), was 20,46 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes entspricht. Der anhaltende Anstieg der Sozialleistungen (Mitfinanzierung von Hartz IV) und die damit verbundenen Transferzahlungen, sowie Defizitausgleiche und Investitionen bei der OSK sind Gründe für keine höhere Senkung der Kreisumlage. Die Sozialausgaben der Landkreise in Baden-Württemberg haben bereits 2009 ein neues Allzeit-Rekordniveau erreicht. Dies geht aus der Sozialstudie des Landkreistags Baden-Württemberg für 2009 hervor, die auf den Haushaltsplänen der Landkreise basiert.

Zur Berechnung der beiden Umlagen wird auf S. 132 verwiesen.

Die Kreisumlage wird in den kommenden Jahren wieder ansteigen.

Entwicklung der Kreisumlage von 2002-2010



Voraussichtliche Entwicklung der Kreisumlage 2009/2010 (Stand 15.12.2009)

Landkreis	Hebesatz 2009 %	Hebesatz 2009 voraussichtl.	Veränderung
Alb-Donau-Kreis	27,50	26,50	-1,00
Biberach	28,40	28,40	0,00
Bodenseekreis	31,00	31,00	0,00
Ravensburg	31,50	29,50	-2,00
Reutlingen	31,00	31,00	0,00
Sigmaringen	31,00	30,00	-1,00
Tübingen	33,60	32,70	-0,90
Zollernalbkreis	26,50	26,50	0,00

Wir liegen von den 39 Gemeinden im Landkreis bei der Kreisumlage pro EW an 21. Stelle.

Lfd. Nr.	Stadt/Gemeinde	Vorl. Einwohnerzahl 2. Quartal 2009	Vorläufige Steuerkraftsumme in Euro	Vorl. Kreisumlage 2010 29,50	Steuerkraftsumme pro Kopf in Euro	Kreisumlage pro Einw. in Euro	Anteil an Umlage in %
1	Berg	3.934	5.025.903	1.482.641	1.277,56	376,88	1,76
2	Amtzell	3.787	4.814.686	1.420.332	1.271,37	375,05	1,68
3	Ravensburg	49.340	60.586.715	17.873.081	1.227,94	362,24	21,19
4	Leutkirch	22.115	24.850.225	7.330.816	1.123,68	331,49	8,69
5	Königseggwald	671	736.528	217.276	1.097,66	323,81	0,26
6	Wangen i. A.	27.301	29.160.370	8.602.309	1.068,11	315,09	10,20
7	Isny	14.446	15.297.593	4.512.790	1.058,95	312,39	5,35
8	Unterswaldhausen	282	292.458	86.275	1.037,09	305,94	0,10
9	Bad Waldsee	19.926	20.265.241	5.978.246	1.017,03	300,02	7,09
10	Aitrach	2.528	2.560.816	755.441	1.012,98	298,83	0,90
11	Altshausen	4.650	4.707.313	1.388.657	1.012,33	298,64	1,65
12	Bad Wurzach	14.478	14.538.322	4.288.805	1.004,17	296,23	5,09
13	Grünkraut	3.062	3.050.613	899.931	996,28	293,90	1,07
14	Aulendorf	9.876	9.727.406	2.869.585	984,95	290,56	3,40
15	Kißlegg	8.576	8.379.625	2.471.989	977,10	288,25	2,93
16	Fleischwangen	652	629.773	185.783	965,91	284,94	0,22
17	Wolpertswende	4.098	3.918.830	1.156.055	956,28	282,10	1,37
18	Argenbühl	6.077	5.738.315	1.692.803	944,27	278,56	2,01
19	Wilhelmsdorf	4.883	4.600.550	1.357.162	942,16	277,94	1,61
20	Eichstegen	509	479.394	141.421	941,83	277,84	0,17
21	Baidt	4.834	4.536.886	1.338.381	938,54	276,87	1,59
22	Waldburg	3.044	2.856.738	842.738	938,48	276,85	1,00
23	Horgenzell	4.798	4.488.380	1.324.072	935,47	275,96	1,57
24	Aichstetten	2.734	2.492.834	735.386	911,79	268,98	0,87
25	Ebenweiler	1.167	1.061.072	313.016	909,23	268,22	0,37
26	Fronreute	4.520	4.096.183	1.208.374	906,24	267,34	1,43
27	Schlier	3.718	3.359.906	991.172	903,69	266,59	1,18
28	Ebersbach/Musbach	1.773	1.601.618	472.477	903,34	266,48	0,56
29	Bergatreute	3.182	2.854.167	841.979	896,97	264,61	1,00
30	Riedhausen	607	542.147	159.933	893,16	263,48	0,19
31	Guggenhausen	201	178.413	52.632	887,63	261,85	0,06
32	Weingarten	23.717	21.046.644	6.208.760	887,41	261,79	7,36
33	Bodnegg	3.140	2.744.538	809.639	874,06	257,85	0,96
34	Wolfegg	3.429	2.989.728	881.970	871,90	257,21	1,05
35	Vogt	4.546	3.949.363	1.165.062	868,76	256,28	1,38
36	Achberg	1.658	1.429.441	421.685	862,15	254,33	0,50
37	Hoßkirch	767	656.991	193.812	856,57	252,69	0,23
38	Boms	679	524.445	154.711	772,38	227,85	0,18
39	Baienfurt	7.149	5.098.948	1.504.190	713,24	210,41	1,78
	Summe	276.854	285.869.118	84.331.390	1.032,56	284,78	100,00

Durch die Gewinnung von einkommensstarken Neubürgern sowie weiterer Gewerbeansiedlung, verbunden mit zusätzlichen Arbeitsplätzen kann das Steueraufkommen pro Einwohnern verbessert werden.

Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt

2010 kann der Verwaltungshaushalt dem Vermögenshaushalt nichts zuführen. Gemäß § 22 Absatz 1 GemHVO müssen die Zuführungen vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können. Die ordentliche Tilgung beträgt 2010 0,00 €, Kreditbeschaffungskosten fallen im Gemeindehaushalt voraussichtlich nur bei der Aufnahme der Kreditermächtigung an. Die Kreditermächtigung ist in gleicher Höhe wie der Erwerb von veranschlagt und wird nur bei entsprechendem Grunderwerb (Vermögensgegenwert) von der Gemeinde aufgenommen.

Insgesamt reduziert sich die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt von 127.800 € (Haushaltsjahr 2009) auf -353.770 € im Haushaltsjahr 2010, das heißt der Vermögenshaushalt muss 353.770 € aus der Rücklage dem laufenden Etat (Verwaltungshaushalt) zuführen um diesen ausgleichen zu können.

Die Mindestzuführung kann 2010 nicht erwirtschaftet werden. Größter Unsicherheitsfaktor im Verwaltungshaushalt wird die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Einhaltung der Planansätze von Schule, Bauhof und Kindergarten sein.

Die Konsolidierung des Gemeindehaushalt muss auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten weiter vorangehen. Laufende Ausgaben müssen nach Notwendigkeit hinterfragt werden. Zum anderen muss weiterhin überlegt werden, ob die Gemeinde Baintd ihre freiwilligen Leistungen im jetzigen Umfang auch zukünftig weiter anbieten kann.

Um das Defizit im Verwaltungshaushalt zu verringern, könnte erneut eine haushaltswirtschaftlichen Sperre in Höhe von 10% der Ausgabenansätze der Ausgabengruppen 5+6, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand, in Frage kommen. Aber zum einen wurden Haushaltsansätze schon reduziert und zum anderen wird in Bereichen, wie z. B.: Versicherungen, Mitgliedsbeiträgen, Wartungskosten, Strom, Heizung, Mieten die Einsparung nicht realisierbar sein.

Verwaltungskostenbeiträge (Innere Verrechnungen)

Die Verwaltungskostenbeiträge sind vor allen Dingen in den Bereichen notwendig, in denen die Gemeinde eine Steuererklärung erstellen muss. Sie stellen in erster Linie Kostenfaktoren dar, die den steuerlichen Gewinn mindern. Die Ansätze müssen daher auch den tatsächlichen Verhältnissen angepasst werden. In diesen Beträgen sind sowohl Personal- als auch teilweise Geschäftsausgabeanteile angesetzt und verrechnet.

Gemäß § 14 Absatz 4 GemHVO soll die Erstattung von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten in solchen Fällen veranschlagt werden, in denen es für die Berechnung der Kosten einzelner Leistungen oder Maßnahmen erforderlich ist (z. B. bei den Erstattungsgebühren für die Benutzung der Schenk-Konrad-Halle). Dieser Vorschrift wurde im vorliegenden Haushaltsplan Rechnung getragen. Die inneren Verrechnungen betragen im Haushaltsjahr 2010 572.350 €, was 8,8 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes entspricht (2009 525.050 € = 8,0 %). Wesentlicher Faktor bei den inneren Verrechnungen ist die Umlegung der Ausgaben des Bauhofes auf die einzelnen Unterabschnitte des Gemeindehaushaltes sowie der Eigenbetriebe.

Die inneren Verrechnungen der Ausgaben des Bauhofes wurde auf der Grundlage der Prozentzahlen, die sich aus dem Rechnungsergebnis 2008 ergeben haben, vorgenommen. Berücksichtigt wurden auch, soweit möglich und bekannt, voraussichtliche Veränderungen im Haushaltsjahr. Siehe hierzu auch die Verrechnung der Bauhofkosten in der Anlage auf S. 103 des Haushaltsplanes. Um die Inneren Verrechnungen des Bauhofes genauer darstellen zu können, wurde extra ein Bauhofprogramm beschafft, welches seit 2008 im Einsatz ist.

Ziel des Bauhofprogrammes ist es, die Wirtschaftlichkeit des Bauhofes nachzuweisen und eine genauere Zuordnung zu Kostenstellen vorzunehmen. Um genaue Auswertungen zu fahren, hängt der Erfolg von den Aufschrieben der Bauhofmitarbeiter und der Führung des Bauhofs ab. Der Verwaltungsaufwand sollte sich dennoch in Grenzen halten.

Kostenrechnende Einrichtung Abfallwirtschaft

Die Müllgebühren wurden zuletzt 2007 neu kalkuliert. Die Müllgebühren betragen 2008 für ein 40 l Gefäß 88 €, 80 l Gefäß 116 € und für ein 120 l Gefäß 144 € (vgl. 2007 60 € Grundgebühr und 2 € pro Banderole je 40 l). Mit der neuen Gebührenordnung werden gegenüber dem Vorjahr 14 Leerungen jedem Haushalt unterstellt. Betrachtet man die Jahresergebnisse seit 2002 ist der Jahresverlust stetig rückläufig.

Ergebnis 2002: Defizit in Höhe von -29.005,20 €
 Ergebnis 2003: Defizit in Höhe von -14.865,56 €
 Ergebnis 2004: Defizit in Höhe von -5.705,15 €
 Erhöhung 2005 der Grundgebühr von 46 € auf 60 €
 Ergebnis 2005: Überschuss in Höhe von +4.993,29 €
 Ergebnis 2006: Überschuss in Höhe von +17.124,54 €
 Ergebnis 2007: Überschuss in Höhe von +24.285,31 €
Ergebnis 2008: Überschuss in Höhe von +19.291,90 €
Ergebnisse aufsummiert, Überschuss in Höhe von: +16.119,13 €
 Voraussichtliches Ergebnis 2009 Defizit in Höhe von 16-17.000 €
 (außerplanmäßige Ausgabe - Instandhaltung Kompostieranlage)
 Plan 2010: Defizit in Höhe von -7.000 €

Weitere Einsparmaßnahmen sollten nach der Jahresrechnung 2009 in Angriff genommen werden. Eine Trennung von Abfallbeseitigung u. Wertstofffassung, wird seit dem Rechnungsjahr 2008 vorgenommen.

3. Schulden

a) Schulden der Gemeinde

Stand zum 01.01.2010	0 €
Neuaufnahme im Haushaltsjahr 2010	<u>1.500.000 €</u>
zu leistende Tilgung 2010	<u>0 €</u>
Stand zum 31.12.2010 voraus.	1.500.000 €

b) Schulden Eigenbetrieb Wasserversorgung

(inkl. Trägerdarlehen der Gemeinde und Kassenmehrausgabe)

Stand zum 01.01.2010	<u>494.095 €</u>
zu leistende Tilgung 2010	<u>55.250 €</u>
Zwischensumme	438.845 €
Neuaufnahmen 2010 voraus.	<u>320.000 €</u>
Stand zum 31.12.2010 voraus.	<u>758.845 €</u>

c) Schulden Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

(inkl. Trägerdarlehen der Gemeinde und Kassenmehrausgabe)

Stand zum 01.01.2010	<u>1.324.085 €</u>
zu leistende Tilgung 2010	<u>62.800 €</u>
Zwischensumme	1.261.285 €
Neuaufnahmen 2010 voraus.	<u>658.000 €</u>
Stand zum 31.12.2010 voraus.	1.919.285 €

Voraussichtlicher Gesamtschuldenstand
(inkl. Trägerdarlehen der Gemeinde und Kassenmehrausgabe)
der Gemeinde Baintd inkl. Eigenbetriebe zum 31.12.2010: **4.212.630 €**

Auf Anlage Nr. 7 zum Haushaltsplan wird verwiesen.

4. Kalkulatorische Kosten

Nach den §§ 12 und 38 GemHVO sind für Einrichtungen, die in der Regel ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert werden (kostenrechnende Einrichtungen), auch angemessene Abschreibungen und eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals zu veranschlagen. Des Weiteren sind gesondert für jede Einrichtung Anlagenachweise zu führen. Die Anlagenachweise bei den Abschnitten 1300. - Feuerschutz, 7510. - Bestattungswesen, 7710. - Bauhof und für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden jährlich fortgeschrieben. Auch bei der Schenk-Konrad-Halle werden kalkulatorische Kosten veranschlagt. Die Abschreibungen belaufen sich 2010 auf 124.500 € (Vorjahr 128.100 €), die Verzinsungen auf 100.300 € (Vorjahr 102.800 €). Die inneren Verrechnungen und die kalkulatorischen Kosten zusammen betragen 797.150 €, was 12,2 % der Gesamtausgaben und -einnahmen des Verwaltungshaushaltes entspricht.

5. Rücklagen und Vermögen

Siehe hierzu auch die Anlagen im Haushaltsplan. Der Stand der allgemeinen Rücklagen beträgt zum 31.12.2010 voraussichtlich ca. 1.463.834 €. Auf die Rücklageentnahme 2009 in Höhe von 545.500 € kann auf Grund der außerplanmäßigen Maßnahmen des Konjunkturpaketes nicht verzichtet werden. Die Mindestrücklage beträgt gemäß § 20 Abs. 2 GemHVO ca. 140.638 € (vergleiche hierzu Berechnung der Mindestrücklage bei den Anlagen S. 130). Zur freien Verwendung bleiben daher noch ca. 1.323.196 €. Für das Jahr 2010 ist bei den allgemeinen Rücklagen eine Entnahme von 1.296.970 €, für diverse Investitionen und zur Deckung des laufenden Etats vorgesehen. Für den Finanzplanungszeitraum bis 2013 sind weitere Rücklagenentnahmen vorgesehen. (der Finanzplan ist als Anlage dem Haushaltsplan beigelegt).

6. Kassenlage und deren Entwicklung

Die Gemeindekasse ist laufend um den rechtzeitigen Eingang der Einnahmen bemüht, dennoch ist es nicht zu umgehen, dass zeitweise Kassenkredite aufgenommen werden müssen. Die Gemeindeverwaltung hofft auch im Laufe des Jahres 2010 weitgehend auf die Aufnahme von Kassenkrediten verzichten zu können. Man ist bemüht, die objektbezogenen Einnahmen so rechtzeitig wie möglich zu erhalten, so dass ein eventueller Kassenkredit im möglichst geringem Rahmen gehalten werden kann.

7. Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013

Nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO ist dem Haushaltsplan der Finanzplan mit dem ihm zugrundeliegenden Investitionsprogramm beizufügen. Der Finanzplan mit Investitionsprogramm ist aus der Anlage zum Haushaltsplan ersichtlich. Im Finanzplan sind neben den laufenden Aufwendungen auch die zur Erledigung heranstehenden einmaligen Vorhaben sowie deren Deckungsmittel aufgenommen. Der vorliegende Haushaltsplan 2010 stimmt mit dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 bis 2013 überein. Die im Jahr 2010 zur Durchführung vorgesehenen Vorhaben sind aus dem Vermögenshaushalt ersichtlich.

Auf die Erläuterungen im Vermögenshaushalt wird verwiesen. Grundlage der Finanzplanung sind die Orientierungsdaten des Innenministeriums, die im Haushaltserlass für 2010 veröffentlicht wurden. Diese wurden der Finanzplanung weitestgehend zugrunde gelegt. Bei der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Gewerbesteuerumlage wurden eigene Berechnungen angestellt. Für die voraussichtlichen Schlüsselzuweisungen sowie die FAG-Umlage wurden die Daten des Haushaltserlasses eingearbeitet. Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes der Jahre 2011 bis 2013 betragen rd. 2.262 Mio. €. An objektbezogenen Einnahmen stehen rd. 997.000 € zur Verfügung. Mit der optimistisch geschätzten Zuführungsrate von 2011 in H. v. 6.981 €, 2012 in H. v. 294.043 € und 2013 in H. v. 406.042 € und den objektbezogenen Einnahmen (Grundstückserlöse bzw. sonstige Einnahmen aus Vermögensveräußerung) sind alle investiven Ausgaben nicht aufzubringen. An Krediten werden weitere 559.000 € aufgenommen. Der Substanzverzehr (weitere Rücklageentnahme sowie Kreditaufnahme) sollte nach Möglichkeit gestoppt werden.

Es wird sich zudem zeigen, welche konkrete Auswirkungen die bereits beschlossenen oder geplanten umfassenden Reformen auf der Bundesebene, wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Änderung der Unternehmenssteuerreform, die Föderalismusreform, Subventionsabbau, Erbschaftssteuerreform, Erhalt der Pendlerpauschale, große Einkommenssteuerreform und noch sonstige getätigte Wahlversprechen haben werden.

Nie standen in der Geschichte der Bundesrepublik die Kommunen vor derartigen Finanzproblemen. Die Handlungsspielräume sind dramatisch eingeschränkt. Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. Die Gemeinden werden gezwungen, die Leistungen für die Bürger weiter einzuschränken, die Investitionen zurückzufahren und die Verschuldung zu erhöhen. Angesichts der großen Herausforderungen insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur sind leistungsfähige und starke Gemeinden aber unverzichtbar. Die Politik muss die Kommunen stärken und ihre Investitionsfähigkeit sichern, nur so können die notwendigen Arbeitsplätze vor Ort gesichert und ausgebaut werden. Ohne starke Kommunen wird Deutschland den Wachstumspfad zeitnah nicht wieder erreichen. Neben starken Städten und Gemeinden muss auch die Leistungsfähigkeit des Staates sichergestellt werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist die zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren.

Notwendig sind laut Gemeindegtag grundlegende Reformen, den Sozialstaat zukunftsfest zu machen, dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen. Dazu gehört unter anderem der schnelle Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes damit Deutschland den Anschluss an die moderne Informationsgesellschaft nicht verpasst. Ohne diese Voraussetzungen wird auch die Bildungsrepublik Deutschland nur eine Vision bleiben. Deutschland braucht eine Steuerreform, die das System transparenter und weniger bürokratisch gestaltet sowie sicherstellt, dass Bund, Länder und Gemeinden handlungsfähig bleiben und wenigstens mittelfristig in die Lage versetzt werden, ihre

gesetzlichen Aufgaben aus den Einnahmen zu finanzieren ohne immer neue Schulden aufnehmen zu müssen.

Um die Leistungskraft des Haushalts nachhaltig zu stärken, wird von der Rechtsaufsichtsbehörde auch empfohlen, in den folgenden Jahren am Ziel einer konsequenten Haushaltskonsolidierung festzuhalten.

C. Erläuterungen zum Verwaltungshaushalt

Unter „II. Ausblick auf das Rechnungsjahr 2010“ wurden bereits ausführliche Angaben zum Verwaltungshaushalt gemacht. Zudem sind bei den einzelnen Unterabschnitten auch Erläuterungen angebracht. Die Ansätze des Verwaltungshaushaltes 2010 wurden auf der Grundlage der Ansätze von 2009 und dem Rechnungsergebnis von 2008 sowie der Orientierungsdaten des Haushaltserlasses fortgeschrieben. Im Folgenden soll daher lediglich auf Ansätze näher eingegangen werden, bei denen wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr auftreten. Die Abweichungen im Bereich der Sammelnachweise wurden bereits erläutert.

Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

Im Einzelplan 0 (Gemeindeorgane, Haupt- und Finanzverwaltung, Bürgerbüro, und Personalrat) ist ein Zuschussbedarf von ca. 700.450 € (Vj. 678.990 €) eingeplant. Vor allem angepasste Personalausgaben und die Veranstaltung eines Dankeschönfestes für Ehrenamtlich sowie die Sportlerehrung sind Gründe für den Anstieg.

Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung

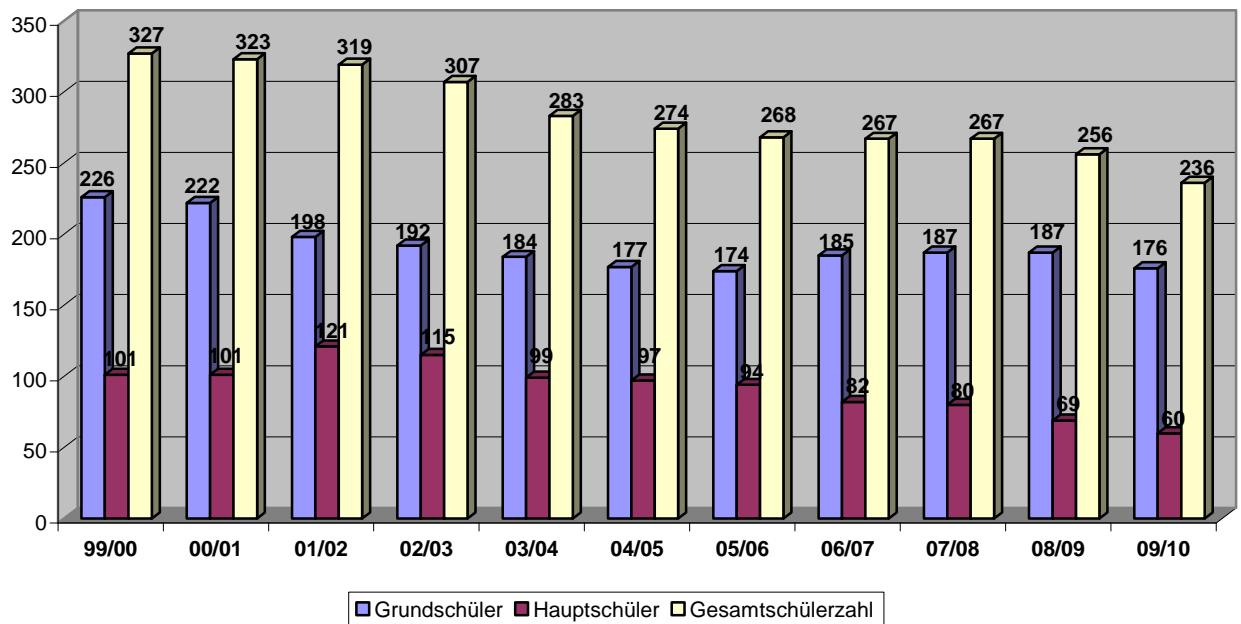
Der Zuschussbedarf liegt im Einzelplan um 2.530 € höher gegenüber dem Vorjahr.

Einzelplan 2 – Schulen

Im Einzelplan 2 sind 8.860 weniger Zuschussbedarf gegenüber 2009 eingeplant. Der Einzelplan 2 gliedert sich in den bisherigen Unterabschnitt 2150 Kernbereich Klosterwiesenschule, Grund- und Hauptschule, Unterabschnitt 2151 Projekt Schulreifes Kind, Unterabschnitt 2152 Schulsozialarbeit und in den Unterabschnitt 2910 Betreuungsangebot – Verlässliche Grundschule und Ganztagesbetreuung.

Im Unterabschnitt 2150 Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule geht der Schulkostenanteil der Gemeinde Baienfurt weiter zurück. Es sind immer weniger Grundschüler von der Gemarkung Baienfurt (Wohnblocks, Ortsgrenze, 12 im Schulbezirk Baidt) in der Grundschule Baidt. Die Zahl der Hauptschüler hat sich mit 60 Hauptschüler um 9 gegenüber dem Vorjahr reduziert. Ab dem Schuljahr 2010/2011 sind es voraussichtlich nur noch 35 Hauptschüler. Der Sachkostenbeitrag für Hauptschüler ab Klasse 8 geht ab 2010/2011 an die aufnehmende Schule z. B. in Baienfurt.

Entwicklung der Schülerzahlen von 1999-2010



Die Sachausgaben im Schuletat beruhen auf den Planansätzen des Vorjahres bzw. wurden wegen geringerer Schülerzahlen reduziert.

Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Der Zuschussbedarf beim Einzelplan 3 ist 2010 um 3.250 € aufgrund minimaler Änderungen höher als 2009.

Einzelplan 4 - Soziale Sicherung

Im Einzelplan 4 ist 2009 ein Zuschussbedarf von 474.000 € eingeplant (Vj. 470.400 €). Die Steigerung des Zuschussbedarf beruht auf folgenden Gesichtspunkten:

Im Bereich der kommunalen Kindergärten haben sich die Personalausgaben aufgrund Tarifsteigerung und Einrichtung einer neuen Kleinkindgruppe um 4.000 € erhöht.

Auf die nichtkommunalen Kindergärten, also des katholischen Kindergartens und des Waldorfindergartens, die bei Unterabschnitt 4645 – Zuschüsse und Zuweisungen an nichtkommunale Kindergärten - ausgewiesen sind, wird in diesem Jahr auch eingegangen. Außerdem wird uns dieses Thema im Verlaufe dieses Jahres bei der Bedarfsplanung der Kindergartenplätze erneut beschäftigen. Die Zuschüsse an nichtkommunale Kindergärten haben sich mit 276.000 € um fast 6.000 € gegenüber dem Ansatz 2009 erhöht.

Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport und Erholung

Im Einzelplan 5 hat sich der Zuschussbedarf hat sich minimal um 1.860 € verringert.

Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen

Der Zuschussbedarf hat sich im Einzelplan 6 2010 um ca. 10.400 € erhöht.

Im Unterabschnitt 6100 wurden unter anderem 5.000 € für die Planung der Innerortsentwicklung veranschlagt. Die Personalausgaben liegen bei der Ort- und Regionalplanung aufgrund Personalreduzierung um ca. 2.500 € niedriger.

Im Unterabschnitt 6300 – Gemeindestraßen – wurde der Ausgabeansatz bei Gruppierung. 5100 – Unterhaltungskosten einschließlich Winterdienst und Straßenkehrung – um 5.000 € auf 40.000 € reduziert. Zudem wurden die Straßenentwässerungskosten von 80.000 € auf 75.000 € wegen geringerem Aufwand 2010 reduziert.

Die Stromkosten der Straßenbeleuchtung wurden wegen teureren Stromkosten auf 29.000 € erhöht (Vgl. Rechnungsergebnis 2002: 17.365 €, 2003: 22.252 €, 2004: 20.950,57 €, 2005: 25.585 €, 2006 27.197 €, 2007: 26.418,58 €, 2008: 29.005,73 €). Im Rahmen von Energieeinsparmaßnahmen wird bei der Straßenbeleuchtung auch ein Schwerpunkt liegen. Wenn sich die Investitionskosten bei Erneuerung der Straßenbeleuchtung in kürzester Zeit amortisieren, ist ein weiterer Ausbau im Rahmen des European Energy Award hier angebracht.

Zudem wurden sonstige diverse Haushaltsstellen nach oben bzw. unten angepasst.

Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen

Abfallbeseitigung

Zum 01.01.2008 wurden die Müllgebühren angepasst. Im vorliegenden Haushaltsplan sind die der Kalkulation zu Grunde liegenden Einnahmen und Ausgaben wieder umgesetzt worden und bei der jeweiligen Haushaltsstellen entsprechend dieser Kalkulation die Ansätze gebildet worden. Wie bereits erwähnt, werden die Kosten bei der kostenrechnenden Einrichtung genau unter die Lupe genommen.

Bei der Grünmüllentsorgung stehen Baidter Bürger neben der Hofstelle der Friesenhäuslerstraße noch die Kompostieranlage am Annaberg zur Verfügung. Laut dem Betreiber der Friesenhäuslerstraße sollte die Grünmüllentsorgung von Auswärtigen mittels Berechtigungskarten ab 2011 bei den Grünmüllannahmestellen unterbunden werden. Im Unterabschnitt 7200 ist ein Zuschussbedarf 2009 in Höhe von 7.000 € eingeplant.

Bestattungswesen

Der Kostendeckungsgrad des Friedhofes beträgt laut Haushaltsplan wie bereits erwähnt 48,78 %. Er steht und fällt jedoch mit der tatsächlichen Anzahl der Bestattungen. Nach derzeitigen Hochrechnungen ist eine Friedhofserweiterung die nächsten Jahre nicht erforderlich.

Schenk-Konrad-Halle

Bei der Schenk-Konrad-Halle wurden die Einnahmen und Ausgabenansätze für 2010 angepasst. Der Kostendeckungsgrad der Gaststätte und Schenk-Konrad-Halle ist mit 21,9 % mäßig. Die geplanten Investitionen wirken sich über die Abschreibungen und Zinsen auch auf den Kostendeckungsgrad aus. Die Gemeinde Baidt rechnet 2010 mit gleichbleibender Belegung.

Bauhof

Beim Bauhof liegen die Ausgaben 2010 um ca. 40.000 € höher. Es wurde die Stelle eines Mitarbeiters 2009 entgegen der Planung 2009 wieder ersetzt.

Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

Der Überschuss im Einzelplan 8 in Höhe von 136.450 € liegt um ca. 26.000 höher wie der Überschuss des Vorjahres in Höhe von 110.750 €.

Die Stromkonzessionsabgabe ist mit Einnahmen in Höhe von 120.000 € wie im Vorjahr veranschlagt. Die Konzessionsabgabe im Gasbereich wurde mit 17.000 € mit 2.000 € höher angesetzt. Die Konzessionsverträge wurden 2007 neu für 20 Jahre vergeben.

Da die Konzessionsabgaben nach Verbrauch abgerechnet werden, ist bei rückläufigem Verbrauch der Tarifikunden aufgrund von Strom- und Gaseinsparungen auch mit rückläufigen Konzessionsentgelten zu rechnen.

Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Siehe hierzu Erläuterungen unter Abschnitt B des Vorberichtes.

D. Erläuterungen zum Vermögenshaushalt (samt Investitionsprogramm bis 2013)

Im Vermögenshaushalt wurden 2010 wieder Erläuterungstexte angebracht, so dass auch hier nur auf einige besondere Ansätze eingegangen wird.

Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

Bei Einzelplan 0 sind bei Unterabschnitt 0200 – Hauptverwaltung – für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens 29.000 € eingestellt. Der Austausch der Terminalserver ist mit 12.000 € Haushaltsausgabereserviert vorgesehen. Die Anschaffung der Datenbankserver ist mit 25.000 € sowie 3.000 € für ein Zeiterfassungsprogramm und 1.000 € für ein Schrank im Hauptamt angesetzt.

Bei den Baumaßnahmen schlägt der Austausch des Teppichbodens bei der Bürgertheke mit 3.000 € zu Buche.

Für den weiteren Finanzplanungszeitraum ist neben dem Austausch von PCs und Drucker auch die anfällige Telefonanlage auszutauschen.

Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Bei der Feuerwehr ist kein Posten für die Anschaffung von Anlagevermögen eingestellt. An Haushaltsausgabereserven ist noch für die Aufrüstung des MTW 1.900 € und weitere Beschaffungen (Türöffnungsset 500 €, Magnetische Stecker für Ladeerhaltungsgeräte 1.000 €, Mobiler Rauchverschluss 800 €) in Höhe von 2.300 € vorgesehen.

Einzelplan 2 - Schulen

Beim Unterabschnitt 2150 – Klosterwiesenschule, Grund- und Hauptschule Baidt mit Werkrealschule – war in den letzten Jahren der Neubau des Gebäudes für die Ganztagesbetreuung und davor die Sanierung der Grund- und Hauptschule veranschlagt. Beide Maßnahmen wurden bereits 2006 fertiggestellt. Für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens sind 2010 8.900 € eingeplant.

Diese gliedern sich wie folgt auf:

- Sitzinsel Grünes Haus, bestehend aus 2 Tischen und 6 Stühlen: 900 €
- Ausstattung Kopierraum mit durchgängiger Arbeitsplatte und 2 Computerarbeitsplätzen: 3.000 €
- Mobile Lautsprecheranlage, die auch in der Schenk-Konrad-Halle genutzt werden kann, in Höhe von 5.000 €

Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Im Einzelplan 3 sind 2009 bei der Bücherei keine Anschaffungen vorgesehen.

Einzelplan 4 - Soziale Sicherung

Bei Unterabschnitt 4640 – Tageseinrichtungen für Kinder – sind im Kindergarten Sonne, Mond und Sterne die Anschaffung von dem Modul Entenland als Ergänzung zum Zahlenland mit 700 €, sowie ein Gartengerätehaus in Höhe von 800 € und ein Wickeltisch für die Kleinkindgruppe in Höhe von 800 € vorgesehen. Im Kindergarten Regenbogen wurden Büromöbel in Höhe von 1.000 €, sowie ein Gartenhäuschen in Höhe von 400 €, eine Waschmaschine in Höhe von 400 € und Wegweiserschilder in Höhe von 400 € veranschlagt.

Des weiteren soll die Schimmelbehandlung im Kindergarten Regenbogen/Vereinshaus mit 15.000 € Ansatz vorgenommen werden.

Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport und Erholung

Im Einzelplan 5 ist 2010 nur eine Sanierung des Kinderspielplatzes Bifang (optional Rehstraße) in Höhe von 25.000 € vorgesehen.

Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen

Nachdem es der Gemeinde 2009 gelungen ist, den Langbau einem Investor zu verkaufen, soll 2010 endlich schwerpunktmäßig die Sanierung des Gebäudes angegangen werden.

An Zuweisungen aus dem Landessanierungsprogramm (LSP) sind 2009 lediglich 50.000 € vorgesehen, da noch bezuschusste Grundstückskäufe des Landes (Baumeisterhaus, sonstige Grundstücke im Sanierungsgebiet) gegengerechnet werden können.

Für die Baumaßnahmen im Klosterhof sind 2010 225.000 € vorgesehen. Der größte Brocken muss für den in der Sanierungsvereinbarung Klosterhof 8-12 festgelegten Gemeindeanteil (40% 500.000 €) aufgebracht werden. Des weiteren steht die Gestaltung der Außenanlage und die Herstellung von Stellplätzen im Klosterbereich an. Hierzu wird auch ein Haushaltsausgaberesult aus dem Vorjahr übertragen.

Bei Unterabschnitt 6300 – Gemeindestraßen – setzen sich die Einnahmen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten aus Veräußerung von Grundstücken wie folgt zusammen:

- 2.000 € Beiträge und ähnliche Entgelte
- 150.000 € Einnahmen im Zusammenhang mit der Rekultivierung der Baintder Steige

Neben Übertragung von Haushaltsausgaberesten aus dem Rechnungsjahr 2009 sind für 2010 folgende Ansätze neu eingestellt worden.

- Für die Planung/Baumaßnahmen der Rekultivierung der Baidter Steige wurden 200.000 € angesetzt.
- Für die Planung und Grunderwerb Radweg Friesenhäusle/Sulpach wurden 25.000 € bewilligt.
- Für die Sanierung von Gemeindestraßen wurden 50.000 € angesetzt.
- Für die Sanierung der Baienfurter Straße wurde eine Planungsrate in Höhe von 10.000 € veranschlagt.
- Für die Erschließung der Zeppelinstraße (Querverbindung – Verbindung von Bosch- und Marsweilerstraße) wurden 185.000 € angesetzt.

Beim Unterabschnitt – Straßenbeleuchtung – wurde 20.000 € für die Sanierung der Straßenbeleuchtung eingestellt. 1.000 € wurden für Beiträge und ähnliche Entgelte auf der Einnahmeseite veranschlagt.

Bei Unterabschnitt 6900 – Wasserläufe, Wasserbau ist für die Randzonen an gemeindlichen Gewässern – Hochwasserschutzmaßnahmen werden ca. 35.000 € Haushaltsausgabereinst aus dem Vorjahr übertragen. Des weiteren wurde für die Bachbereichsanbindung Bampfen 5.000 € veranschlagt.

Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen

Für die Tilgung der Trägerdarlehen im Rahmen des EB Abwasserbeseitigung stehen der Gemeinde 42.800 € Einnahmen zur Verfügung.

Im Bestattungswesen ist die Anschaffung eines Friedhofprogrammes in Höhe von 2.000 € und für Baumaßnahmen an der alten Aussegnungshalle 25.000 € für die Schimmelbehandlung und Trockenlegung angesetzt. Die Maßnahme ist einer Sperre durch Planvermerk versehen worden.

Bei der Schenk-Konrad-Halle sind 7.500 € für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens vorgesehen. Der Ansatz setzt sich Austausch der Kaffeemaschine in Höhe von 5.500 € und sonstige Geräte in Höhe von 2.000 € zusammen.

Beim Bauhof sind bei HHSt. 7710.9350 - bewegliche Sachen des Anlagevermögens - insgesamt 218.000 € eingestellt. Die Zusammensetzung der eingestellten Mittel setzt sich wie folgt zusammen:

- Ersatzbeschaffung Spindelmähwerk, inkl. Grasabsaugung und Breitreifen 45.000 €, davon Haushaltsausgabereinst 20.000 € aus dem Vorjahr.
- Ersatzbeschaffung LKW MAN 150.000 €
- Winterdienstausrüstung LKW 48.000 €

Diese drei Positionen wurden auch mit einer Sperre durch Planvermerk versehen. Des weiteren werden die Gerätschaften nur bei Defekt beschafft.

Zudem wurden weitere 100.000 € für Planung und Erweiterung der Gewerbegebiete und für den Ausbau von DSL – bessere Breitbandversorgung mit 150.000 € veranschlagt.

Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

Für die Tilgung der Trägerdarlehen im Rahmen des EB Wasserversorgung stehen der Gemeinde 42.700 € Einnahmen zur Verfügung.

Für die Teilnahme am European Energy Award wurden 3.500 € und für die Nahwärmenetzuntersuchung 25.000 € veranschlagt.

Bei den Einnahmen aus Veräußerungen von Grundstücken (HHSt. 8810.3400) handelt es sich um den Erlös von 750.000 € aus dem Verkauf von Grundstücken aus dem Baugebiet Mehlistraße und einer Gewerbebeerweiterung veranschlagt

Der Ansatz – Erwerb von Grundstücken für das Baugebiet Mehlistraße und die Gewerbebeerweiterung (HHSt. 8810.9320) ist im Vermögenshaushalt mit 346.300 € veranschlagt. Für sonstigen Grunderwerb für Bauland wurden 1,5 Mio. € veranschlagt. In gleicher Höhe wurde auch eine Kreditermächtigung im Einzelplan 9 festgesetzt. Falls der Gemeinde Grundstücke angeboten werden, wird die Gemeinde in die Verkaufsverhandlungen einsteigen und evtl. neue Grundstücke für Bauland oder Gewerbeflächen erwerben.

Für die Erschließung von Bauland ist für das Baugebiet Mehli 220.000 € veranschlagt.

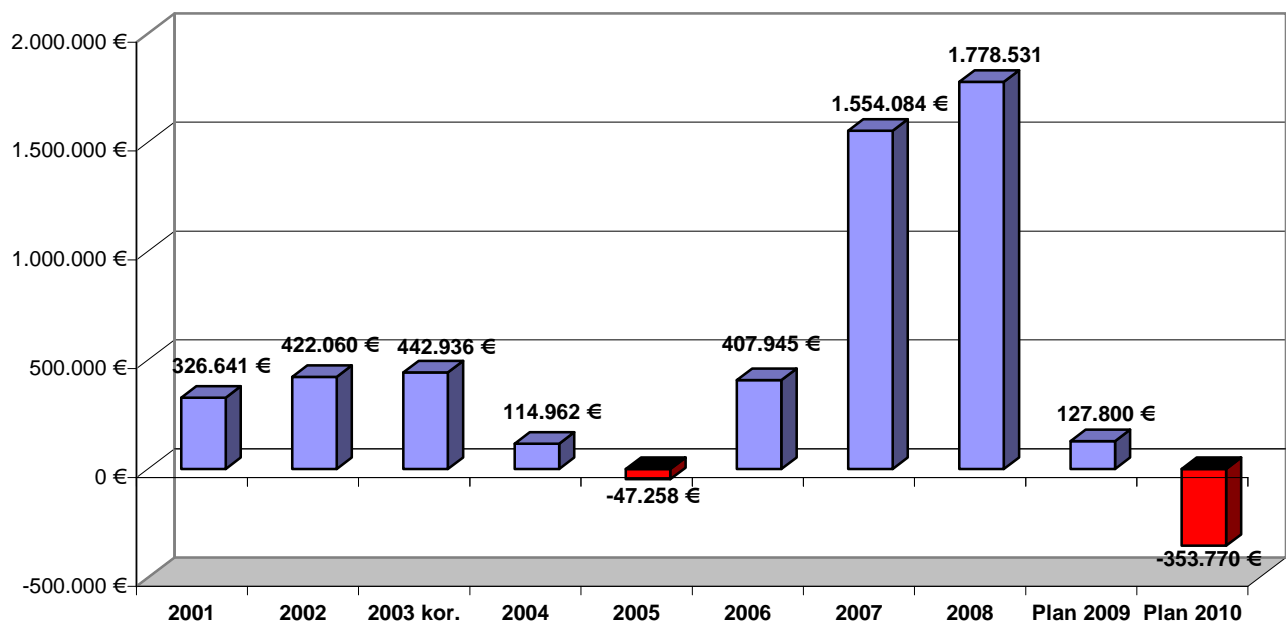
Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

2010 ist eine Rücklagenentnahme von 1.262.820 € vorgesehen.

Der Vermögenshaushalt muss zudem 353.770 € aus der Rücklage dem laufenden Etat (Verwaltungshaushalt) zuführen um diesen ausgleichen zu können

Da es im Bereich des Verwaltungshaushaltes auch in Zukunft immer schwieriger wird, neue Zuführungen an den Vermögenshaushalt zu erwirtschaften die dann zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden können, ist es umso wichtiger, dass die Gemeinde immer mehr darauf achtet ihre Ausgaben im Vermögenshaushalt auch durch Einnahmen im Vermögenshaushalt zu decken. Abgesehen von den Zuweisungen des Landes und den Einnahmen aus Beiträgen, bleibt hier nur noch die Einnahme aus Grundstückserlösen übrig. Die Gemeinde sollte sich daher auch weiterhin um Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken bemühen.

Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt



Verpflichtungsermächtigungen

Für 2009 sind keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Gemeinde Baidt Landkreis Ravensburg

Beteiligungsbericht der Gemeinde Baidt für das Haushaltsjahr 2010

Gemäß § 105 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist die Gemeinde verpflichtet zur Information des Gemeinderates und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 % mittelbar beteiligt ist zu erstellen. Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 % beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

Beteiligung der Gemeinde Baidt an der RaWEG (Ravensburger Wertstoffergesellschaft mbH):

Gründung: 25. März 1993

Gegenstand des Unternehmens: Erfassung, Aufbereitung und Bereitstellung von Verkaufsverpackungen und andern Wertstoffen und den Aufbau sowie den Betrieb des hierfür erforderlichen Betriebssystems im Landkreis Ravensburg. Die Aktivität des Unternehmens orientiert sich am Ziel der Abfallvermeidung.

Stammkapital: 103.371 €

Beteiligungsverhältnis der Gemeinde als Gesellschafter: 1.278 € = 1,20 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks: Der öffentliche Zweck des Unternehmens, nämlich die getrennte Erfassung und Bereitstellung von gebrauchten Verkaufsverpackungen und somit die Reduzierung des Restmüllaufkommens, wird in vollem Umfang erfüllt.

Beteiligung der Gemeinde Baidt an der PRO REGIO Oberschwaben- Gesellschaft für Landesentwicklung mbH

Gründung: 1. Januar 2005

Gegenstand des Unternehmens: Planung und Durchführung von Maßnahmen und Projekten aller Art, die für die Erfüllung folgender Ziele geeignet und zweckdienlich sein können:
Landschaftsgerechte Entwicklung und Sicherung des Wirtschafts- und Kulturstandortes Oberschwaben.
Förderung und Bewahrung der Wertschätzung der oberschwäbischen Kulturlandschaft. Entwicklung und Erhaltung einer nachhaltig leistungsfähigen und vielseitigen Kultur- und Naturlandschaft.

Stammkapital: 35.750 €

Beteiligungsverhältnis der Gemeinde als Gesellschafter: 250 € = 0,7 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks: Der öffentliche Zweck des Unternehmens, entsprechend des obenaufgeführten Gegenstands des Unternehmens, wird in vollem Umfang erfüllt.

Baidt, den 04.01.2010

E. Erläuterungen zum Eigenbetrieb Wasserversorgung

Die Wasserversorgung der Gemeinde Baintd ist ein Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie wird als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz geführt. Somit wurde der Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan, Stellenübersicht, Schuldenübersicht, Finanz- und Investitionsprogramm sowie dem Anlagenachweis erstellt.

Erfolgsplan

Die Wassergebühren wurden zum 01.01.2009 von 1,60 €/m³ auf 1,29 €/m³ zuzügl. MwSt gesenkt. Beim Rechnungsabschluss des Jahres 2008 ergab sich ein Gewinn von 65.235,74 €. Der Gewinnvortrag betrug zum 31.12.2008 17.688,07 €. Die Verwaltung rechnet 2009 aufgrund der Gebührensenkung und letztmaliger Abschreibung der Gewinnungsanlagen mit einem Verlust in der Größenordnung von ca. 30-50.000 € der zur Deckung aufgelaufener Gewinne verwendet wird.

Es sind auf der Ausgabenseite des Erfolgsplanes im wesentlichen zwei Positionen zu nennen, die neben den Umlagen an den Zweckverband von besonderer Bedeutung sind. Zum einen die Unterhaltung des Leitungsnetzes (HHSt. 8150.5001) mit 25.000 € und zum anderen die Abschreibungen in Höhe von 54.000 € (HHSt. 8150.6801).

Bei der Unterhaltung des Leitungsnetz werden festgestellte Mängel im Leitungsnetz (Wasserrohrbrüche etc.) beseitigt. Der Ausgabenansatz bei dieser Haushaltsstelle wird daher voraussichtlich, je nach festgestellter Schäden, in den nächsten 5 Jahren in gleicher Höhe erhalten bleiben.

Mit der Gründung des Zweckverbands Wasserversorgung Baienfurt-Baintd hat der EB Wasserversorgung eine Betriebskostenumlage in Höhe von 53.000 € (Vj. 57.000 €) und eine Abschreibungsumlage in Höhe von 32.000 € (Vj. 32.000 €) zu leisten. Zudem kommt eine Zinsumlage in Höhe von 21.000 € (Vj. 19.000 €) hinzu. Beim Zweckverband stehen nach der Fernwarte weitere größere Projekte an. Lecksuche, Querverbindung/ Quellableitung in Richtung Ortsnetz, Notverbände sind die nächsten Aufgaben. Diese Maßnahmen dienen der Sicherung der Wasserversorgung.

Die Personalkosten der Wassermeister werden exakt mit 30 € bzw. 32,50 € pro Stunde mit dem Zweckverband Wasserversorgung abgerechnet. Der Wassermeister der Gemeinde Baintd ist nur zu 50% in der Wasserversorgung tätig. Die restlichen 50% deckt er über den Gemeindehaushalt (SKH, Straßenbeleuchtung) ab. Ob sich diese prozentuale Quote bestätigt, werden weitere Erfahrungen zeigen.

Der Eigenbetrieb Wasserversorgung Baintd hat 2008 den aus Vorjahren resultierenden Verlustvortrag abgedeckt. Mit der Senkung des Wasserpreises von 1,60 € auf 1,29 €/m³ kommt der Eigenbetrieb 2009 wieder in die Verlustzone. Die Abschreibung der Wassergewinnungsanlagen (teure Wasseraufbereitungsanlage/Ozonierungsanlage etc.) werden aber Ende 2009 abgeschrieben sein. Zukünftige Investitionen sollten zeitlich so gestaffelt werden, dass der Wasserpreis einigermaßen stabil gehalten werden kann.

Vermögensplan

Die umfangreichen Investitionen beim Vermögensplan des EB Wasserversorgung beschränken sich auf neue Wasserleitungen im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen in Höhe von 200.000 €, Behebung von Wasserverlusten in Höhe von 35.000 €, Sanierung der Wasserleitungen in Rosen- und Rehstraße mit jeweils 25.000 € sowie die Kosten für die Erneuerung der Steuerungstechnik der zentralen Warte, die auf 40.000 € geschätzt werden.

Auf der Einnahmenseite stehen Wasserversorgungsbeiträge in Höhe von 25.000 € sowie Kostenersätze für Hausanschlüsse in Höhe von 3.000 € und Abschreibungen in Höhe von 54.000 sowie Kreditaufnahmen von 320.000 € zur Verfügung.

Finanzplanung 2009 bis 2013

Im vorliegenden Finanzplan 2009 bis 2013 (siehe auch Anlage zum Wirtschaftsplan 2010) ist neben der Entwicklung des Vermögensplanes auch die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im Erfolgsplan aufgezeichnet. Im Finanzplanungszeitraum sind im Vermögensplan jährlich Investitionen im Bereich Speicher- und Verteilungsanlagen in Höhe von 200.000 € vorgesehen. Solange es sich lediglich um Unterhaltungsmaßnahmen an Leitungen handelt (d. h. die Schadensbehebung erfolgt mit gleicher Dimension der Leitungen), sind die Maßnahmen im Erfolgsplan zu finanzieren. Wird jedoch festgestellt dass die Schäden auf Grund einer Unterdimensionierung der Leitungen entstanden sind und muss deshalb eine größere Wasserleitung eingebaut werden, sind die Maßnahmen im Vermögensplan darzustellen.

In den nächsten Jahren stehen neben der Erneuerung von defekten Netzen die Erschließung von neuen Baugebieten an. Im Finanzplanungszeitraum bis 2013 fallen in den Jahren 2010 und 2011 weitere Verluste an.

<u>Jahr</u>	<u>insgesamt verkaufte Wassermenge</u>
1988	180.682 cbm
1989	193.943 cbm
1990	195.344 cbm
1991	199.844 cbm
1992	202.281 cbm
1993	193.891 cbm
1994	193.864 cbm
1995	212.918 cbm
1996	205.291 cbm
1997	206.000 cbm
1998	208.201 cbm
1999	199.961 cbm
2000	207.569 cbm
2001	211.856 cbm
2002	211.685 cbm
2003	203.321 cbm
2004	213.225 cbm
2005	210.283 cbm
2006	204.669 cbm
2007	196.895 cbm
2008	194.469 cbm
2009	200.000 cbm Planung
2010	200.000 cbm Planung

Die Verbrauchsmenge sinkt seit 2004 stetig. In der Finanzplanung geht man jedoch von einer konstanten Menge in Höhe von 200.000 cbm aus. Im Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2013 ist in den Jahren 2010 und 2011 noch mit einer konstanten Gebühr von 1,29 € und ab 2012 mit einer Gebührenerhöhung auf 1,50 € gerechnet worden.

F. Erläuterungen zum Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Baidt ist wie die Wasserversorgung ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie wird als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz geführt. Somit wurde auch hier der Wirtschaftsplan bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan, Stellenübersicht, Finanz- und Investitionsplan, Schuldenübersicht sowie dem Anlagenachweis erstellt.

Erfolgsplan

Die Abwassergebühren betragen seit 01.01.2006 unverändert 2,00 €/m³. Eine Gebührenkalkulation hat dies 2009 erneut bestätigt. Auf der Ausgabenseite sind im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung die Umlage an den Abwasserzweckverband und die Unterhaltung der Kanäle mit 150.000 € die größten Ausgabenpositionen. Bei der Umlage an den Abwasserzweckverband muss 2009 voraussichtlich 179.000 € aufgebracht werden.

Bei der Abwasserbeseitigung gehen man davon aus, dass die Umlage an den AZV auf diesem Niveau einpendelt und im Jahr 2010 um 1% und 2011 ff um 2% erhöht wird. Nach Rücksprachen mit dem Verbandsrechner des AZV ist genaueres zu sagen immer schwierig, da dies ja auch stark von der „Papierfabrik Mochenwangen Artic Paper“ abhängt. Je nach Anlieferung der Abwassermenge wird auch die Kostenverteilung festgesetzt. Die Betriebskosten erhöhen sich laufend, wie in der Gemeinde (Personal, Material, Betriebsstoffe). Durch das BHKW können aber dann auch zum anderen wieder Stromkosten gespart werden. Deshalb geht man Stand heute von einer leichten Steigerungsraten in den nächsten Jahren aus, weniger von einer Senkung.

Bei der Unterhaltung der Kanäle wird im Eigenbetrieb auch folgende Maxime angewandt: Aufwendungen sind zu aktivieren, wenn ein Wirtschaftsgut hergestellt, erweitert oder über den wesentlichen Zustand verbessert wird. Wird jedoch ein bestehender Kanal nur ersetzt, liegt sofort abziehbarer Erhaltungsaufwand vor.

Bei den Abschreibungen wurde wie beim Planansatz 2009 2 % Abschreibung für die Einrichtungen der Abwasserbeseitigung zu Grunde gelegt. Selbstverständlich werden dann auch die Ertragszuschüsse mit dem gleichen Abschreibungssatz, also 2 % aufgelöst. Die Abschreibungen betragen 2009 205.000 €. Für die Sachanlagen des Abwasserzweckverbandes Mittleren Schussentals sind Abschreibungen in Höhe von 35.000 € aufgeführt.

Auf der Einnahmeseite wird der Straßenentwässerungsanteil nach dem VEDEWA-Modell berechnet. Diese Sätze werden vom VGH Baden-Württemberg akzeptiert, ohne dass sie im Einzelfall nachgewiesen werden müssen (VGH, Urt. vom 07.10.2004, BWGZ 2005, S. 102). Die kalkulatorischen Kosten der Kanäle sind pauschal mit 25 % und für die Betriebskosten mit 13,5 % pauschal angesetzt. Im Klärbereich sind pauschal 5 % für die kalkulatorischen Kosten und 1,2 % für die Betriebskosten anerkannt.

Bei der Abwasserbeseitigung stellt sich die Situation wie folgt dar. Der Gewinnvortrag konnte nach der Gebührensenkung zum 01.01.2006 von 2,70 € auf 2,00 € von 588.293 € auf 247.193,39 € reduziert werden.

Die verbleibende Überdeckung im Gebührenhaushalt Abwasserbeseitigung aus dem Jahr 2002 ist bis einschließlich 2007 und die Überdeckungen aus 2003-2005 bis 2008-2010 ausgleichsfähig. Ein fristgerechter Ausgleich im Kalkulationszeitraum bis 2010 ist daher möglich.

Die Verwaltung rechnet 2009 mit einem Jahresverlust in Höhe von ca. 120.000 € und im Planjahr 2010 mit einem Verlust in Höhe von 159.700 €.

Vermögensplan

Die umfangreichen Investitionen beim Vermögensplan des EB Abwasserbeseitigung beschränken sich auf neue Abwasserleitungen im Rahmen von neuen Erschließungsmaßnahmen in Höhe von 350.000 €. Der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung hat eine Kapitalumlage in Höhe von 37.000 € an den Abwasserzweckverband zu entrichten.

Finanzplan 2009 bis 2013

Im Finanzplan der als Anlage dem Wirtschaftplan 2009 beiliegt, ist neben der Entwicklung des Vermögensplanes auch die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im Erfolgsplan aufgezeichnet. Es werden zahlreiche Unterhaltungsmaßnahmen am Kanalnetz 2010 abgearbeitet. 2011 kann durch eine Reduzierung des Unterhaltungsaufwands (Unterhaltungsmaßnahmen 100.000 €) eine zwingend erforderliche Gebührenerhöhung auf ein etwas geringeres Maß reduziert werden (Anhebung 2011 um 70 Cent).

Nachfolgend werden die gesamten Abwassermengen in den letzten Jahren dargestellt.

<u>Jahr</u>	<u>insgesamt gesammelte Abwassermenge</u>
1995	198.138 cbm
1996	187.649 cbm
1997	186.575 cbm
1998	189.045 cbm
1999	279.155 cbm (2. HJ '98, 1. + 2. HJ '99)
2000	196.851 cbm
2001	190.239 cbm
2002	190.612 cbm
2003	182.568 cbm
2004	143.646 cbm
2005	191.113 cbm
2006	183.476 cbm
2007	179.614 cbm
2008	178.905 cbm
2009	180.000 cbm Planung
2010	180.000 cbm Planung

Die Verbrauchsmenge wurde wie bei der Planung 2009 bei 180.000 cbm belassen. Im Finanzplanungszeitraum ist ab 2011 mit einer Abwassergebühr von 2,70 € gerechnet worden.

Der Finanzierungsfehlbetrag aus Investitionen aus Vorjahren wird 2010 mit der Darlehensaufnahme abgelöst. Im Finanzplanungszeitraum bis 2013 kann die jährliche Deckungsmittellücke des Vermögenshaushalts gering gehalten werden. Da der EB Abwasserbeseitigung mit 100% Fremdkapital ausgestattet wurde, muss für jede Investition im Vermögensplan ein Darlehen aufgenommen werden, das heißt alle Investitionen sind kreditfinanziert, entweder über Träger- oder Fremddarlehen.